

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- Katalonien nach der Wahl – „Legislaturperiode in Handschellen“?
- EU-Kampagne gegen Lohndiskriminierung
- Solidarität mit den Akademikern für den Frieden in der Türkei!
- „Querfront“ – Eine notwendige Abgrenzung der Linken
- Kalenderblatt: Frankreich 1848 – „Frühling der Presse“

Ausgabe Nr. 1 am 18. Januar 2018, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Regierungsbildung ...

CHRISTOPH CORNIDES, EVA DETSCHER, MARTIN FOCHLER, MATTHIAS PAYKOWSKI, ALFRED KÜSTLER

Zusammenarbeit innerhalb der EU und zwar in enger Verbindung mit Frankreich. Davon erhofft man sich Prosperität, Wirtschaftswachstum als Basis zur Bereinigung skandalöser sozialer Missstände. Ein Scheitern dieses Ansatzes würde das weite, von der AfD polemisch zum Ausdruck gebrachte Feld der europaskeptischen, identitären, ausländerfeindlichen Stimmungen politisch aufleben lassen und wahrscheinlich in einen „Deutschland-zuerst“-Wahlkampf münden, der das Zeug hätte, die Zusammenarbeit in der EU zu unterminieren. Das Zerwürfnis, das innerhalb der SPD über die Frage einer Regierungsbeteiligung besteht, entzündet sich an vielen Stellen, eine davon ist, dass die Notwendigkeit EU-weiter Regelungen zu Arbeitsschutz, Arbeitsrecht und Sozialversicherungsansprüchen weder in der Propaganda der Partei noch in der breiten Wählerschaft diskutiert ist. Viele Politikerinnen und Politiker nicht nur der SPD, sondern auch der Linken, der Grünen sowie Repräsentanten diesen nahestehender Bewegungen entziehen sich diesem schwer zu vermittelnden Problem und bleiben auf der in Deutschland von Bismarck geleg-

ten Spur der innigen Verknüpfung Sozialinteresse = Nationalinteresse. Dagegen steht die Erfahrung des Alltagslebens, in der die internationale und europaweite Verflechtung der Wirtschaft und Lebensplanung handgreiflich wird. In dieser Situation wird es zu einer moralischen Frage, ob die Versprechen von sozialer Standards und solidarischer Risikoabsicherung in den Grenzen der BRD gesehen werden oder darüber hinaus. Moralische Fragen kennen keine Abstufungen. Menschenrechte gelten oder eben nicht. Für die Herausbildung und Festigung solcher Grundsätze ist jedoch die abgestufte Praxis der Handhabung politischer Macht grundlegend. Vor der Abschaffung der Todesstrafe steht die Ächtung grausamer und ungewöhnlicher Strafen, vor dem Recht des Angeklagten auf Verteidigung das Verbot der Folter. Wenn die Pläne der Sondierer in Sachen Migration und Flucht den Forderungen der Menschenrechte nicht genügen, bleibt es trotzdem noch Pflicht der politischen Kritik, zu bedenken, welche praktischen Alternativen im Raum steht. Falls die SPD – Parteitag und Mitglieder – sich für eine Koalitionsregierung entscheiden, steht in Sachen Europa ein komplizierter Meinungsbildungsprozess an, der sachhändig geführt werden muss. In Sachen Migration und Flucht eine lindernde Gestaltung und mehr noch, die Schaffung eines sozialen und kulturellen Rahmens, in dem bewiesen werden kann, dass diese Prozesse solidarisch bewältigt werden können. Im Ganzen steht wohl fest, dass das Wahlergebnis die Verschiebung der in der Bevölkerung geltenden Werte in Richtung „Deutschland zuerst“ und „Deutschland den Deutschen“ gebracht hat. Unter diesen Bedingungen ist der Koalitionsversuch mit der SPD auch als Absage des christlich grundierten Zentrums der Union an ihre nationalistischen reaktionären Randbereiche zu werten. Sollte es zu dieser Koalition kommen, kommt auf die sozial und menschenrechtlich motivierten Parlamentarier die doppelte Aufgabe zu, bei der Ausarbeitung der Gesetze sachlich-fachlich die Möglichkeiten auszuschöpfen, und dabei der linken Kritik und den vielen Unzufriedenen den Stoff zum Entwurf solidarische Konzepte der Politik im Bund, in den Ländern und Gemeinden und in Europa zu liefern.

Meinungen aus Europa

Französische Sicht: Die großen französischen Zeitungen würdigen insbesondere, dass die 28-seitige Vorvereinbarung sich für eine engere Zusammenarbeit, eine Stärkung der Partnerschaft mit Frankreich ausspricht und sich einer Diskussion über Reformvorschläge zu Europa und zur EU öffnet. „Auch wenn der Teufel

im Detail steckt, scheint die Einigung zwischen den beiden Ufern des Rheins breit gefächert zu sein, was eine wirkliche Wiederbelebung des europäischen Projekts ermöglichen dürfte.“ (*Libération*, 13.1.2018) Der Sprecher der französischen Regierung Benjamin Griveaux sagte: „Diese Vereinbarung ist gut für Deutschland, gut für Frankreich und besonders gut für Europa“.

Von Seiten der britischen Regierung ist noch keine Stellungnahme zu finden. *The Guardian* stellt die Sondierungsergebnisse in Zusammenhang mit dem „Aufschwung der rechtsextremen AfD bei den Bundestagswahlen“. Obwohl noch nicht sicher sei, dass es zur Regierungsbildung zwischen CDU/CSU und SPD käme, begrüßt der *Guardian*, „dass Deutschlands etablierte Parteien einen Weg finden, ihr Modell einer sozialen Marktwirtschaft für kommende Zeiten zu erneuern“. Die britische *Times* hebt mehr darauf ab, dass Merkel „nun erst einmal nervös abwarten (muss), wie ihr politisches Schicksal von Mitgliedern Deutschlands großer Mitte-Links-Partei entschieden wird“.

Die spanische Tageszeitung *El País* (12.1.) betont: „Das Dokument skizziert auch, wie die neue Finanzarchitektur der Eurozone im Einklang mit den Reformen, die der französische Präsident Emmanuel Macron versprochen hat, um Finanzkrisen zu verhindern und zu mildern, konfiguriert werden sollte.“

Die italienische Tageszeitung *La Repubblica* (13.1.) titelt: „Merkel lässt die große Koalition vom Stapel. Alles dreht sich um Europa“ und kommentiert: „Der erste Punkt des Dokuments verrät jedoch die Handschrift von Schulz: Versprochen wird die berühmte europäische Wiederbelebung, Hand in Hand mit Frankreich durch die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds, einer Reform der Eurozone, einem Investmentfonds für Investitionen und mehr Geld für die Union.“

Eric Gujer, Chefredaktor *Neue Zürcher Zeitung*: „Die Bundesrepublik kann sich nicht wegducken; sie ist keine große Schweiz, so gerne sie dies manchmal auch wäre ... Während in Frankreich die Wähler Präsident Macron ein Mandat für den Wechsel erteilten, signalisierte die Bundestagswahl im September vor allem eines: Die Deutschen lieben den Status quo. Heute ist Frankreich das Reformlabor, nicht mehr Deutschland.“

Der *Kurier* aus Wien: „Am Ende müssen Sozialdemokraten mit Themen nach Hause gehen, die sich ihren Genossen mit dem Etikett „Gerechtigkeit“ verkaufen lassen, wenn sie nächste Woche über Koalitionsverhandlungen abstimmen. Und die Union sollte das Gefühl haben, sich nichts von ihren Werten abräumen zu lassen.“

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc), Edith Bergmann (edb).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzter (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Zusammenarbeit Frankreich-Deutschland: neuer Élysée-Vertrag in Vorbereitung

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

Am 22. Januar 1963, 18 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, wurde der als „Élysée-Vertrag“ bezeichnete deutsch-französische Freundschaftsvertrag zwischen den ehemaligen „Erbfeinden“ vom damaligen deutschen Bundeskanzler Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle unterzeichnet. Der Vertrag verpflichtet beide Regierungen zu Konsultationen in allen wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik und legt regelmäßige Treffen auf Regierungsebene fest. Er war Ausgangspunkt für viele Projekte der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den nachfolgenden Jahren, u.a. für den Aufbau des deutsch-französischen Jugendwerkes.

In einer gemeinsamen Resolution, die am 22.1.2018, verabschiedet werden soll, wollen der deutschen Bundestages und die französische Nationalversammlung ihre Regierungen beauftragen, im Laufe des Jahres 2018 einen neuen Freundschaftsvertrag auszuarbeiten. Unmittelbar nach den deutschen Bundestagswahlen hatte der französische Präsident Macron bereits eine Neuauflage des Elysée-Vertrags angeregt.

Die Vorschläge und Pläne sind weitgehend. Die vorbereitende Parlamentariergruppe schlägt jetzt unter anderem vor, die sogenannten „Eurodistrikte“ deutlich zu stärken. „Das sind grenzüberschreitende Zusammenschlüsse von Städten und Landkreisen, etwa rings um Straßburg oder Freiburg im Breisgau. Die Eurodistrikte sollen zusätzliche Befugnisse erhalten, etwa im Hinblick auf Bildungseinrichtungen, die Gesundheitsversorgung oder die Planung und den Bau von regionaler Verkehrsinfrastruktur.“ Die Vorbereitungsgruppe dringt u.a. „...darauf, sämtliche Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Frankreich auszubauen. Ihnen schwebt überdies ein deutsch-französischer Wirtschaftsraum vor: Gedacht ist insbesondere an eine Angleichung des Unternehmens- und Insolvenzrechts sowie der Bemessungsgrundlagen bei der Firmenbesteuerung. Es soll gemeinsame Sozialnormen für beide Länder geben und zusätzliche Anstrengungen in Sachen Bildung, Kultur und Arbeitnehmer-Mobilität.“^[1]

Der Resolutionsentwurf fordert die Ausarbeitung eines „Deutsch-Französischen Parlaments-Abkommen zur Vertiefung der Zusammenarbeit der Parlamente“ sowie die gemeinsame deutsch-französische (Vor)-Positionierung in Fragen der Zusammenarbeit in der EU

und in ihren Organen sowie eine Harmonisierung in den Gesetzgebungsverfahren der beiden Länder.

Schließlich fordert der Entwurf neben der Verwirklichung einer „sozialen Säule“ in Europa auch eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit und der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der geplanten „EU-Verteidigungsunion“.

Die Mehrheit für einen solchen Vertrag in beiden Parlamenten gilt als gesichert. Umstritten ist die Positionierung – so weit sie überhaupt schon ein Thema ist – in den linken Fraktionen.

(1) Frankfurter Rundschau v. 4.1.2019, Entwurf der Resolution zum Vertrag: http://docs.dpaq.de/13101-deutsch-franzosischer_antragsentwurf_55._jahres-tag_elys_e-vertrag_4.1.2018.pdf

Österreich wird neu regiert. Bisher wurde nur angekündigt

AUGUST KARGL, STEIERMARK

Österreich hat eine neue Regierung, am 20.12. wurden die Mitglieder der neuen Regierung vom Bundespräsidenten angelobt. Van der Bellen hat im Vorfeld der Regierungsbildung versucht das Schlimmste zu verhindern, die ärgsten Reaktionäre und EU-Kritiker der FPÖ wurden von der Ministerliste gestrichen.

Die Verhandlungen zwischen der FPÖ und der Partei um Kurz verliefen, so war es der Eindruck, harmonisch. Getragen von Ausländerfeindlichkeit, der Angst vor der Islamisierung Österreichs und dem Bestreben „zu sparen“ wurde ein Regierungsprogramm ausverhandelt. Die Ministerien und Staatssekretäre wurden einvernehmlich aufgeteilt. Kurz hat die ihm von der ÖVP zugesagte Vollmacht genutzt, er hat die alten „schwarzen“ Minister gegen „türkise“ ausgetauscht. Und die FPÖ-Minister? Man wird sehen, jedenfalls sind die neuen Mitarbeiter in den FPÖ-geführten Ministerien „deutschnationale Burschenschaften, haben Neonazi-Vergangenheit oder huldigen SS-Helden“ (Falter 1-2/18). Der wahre Charakter der Liste Kurz und der FPÖ versteckt sich in harmonisch, einmütig in Schlagzeilen vorgetragenen Regierungsvorhaben. Die tatsächliche Umsetzung des Regierungsprogrammes wird erst zeigen wie zum „Wohle des kleinen, fleißigen Mannes“ Arbeitslosengeld, Mindestsicherung, bestehende Sozialleistungen, Programme zur Unterstützung von älteren Langzeitarbeitslosen reformiert werden. Der 12-Stundentag und die 60-Stundenwoche sind schon fixiert. Was „mehr Sicherheit in unserer Heimat und mehr Wirkungsortierung beim Einsatz der Polizei“ bedeuten wird?

Oder was es heißt, wenn Innenminister Kickl „die Lücke zwischen dem subjek-

tiven Gefühl der Sicherheit und dem objektiven Gefühl der Sicherheit in diesem Land schließen“ will.

Dieser neue Innenminister Herbert Kickl, „graues Sakko, weißes Hemd, Pulsuhr am Handgelenk, Nickelbrille: Kickl sieht ungefähr so bedrohlich aus wie Reinhard Mey“. Und dieser Mann soll ein skrupelloser Demagogue sein? – Dafür hält ihn zum mindesten Ariel Muzicant, den Kickls „Gehetze“ an den NS-Propagandachef Joseph Goebbels erinnert. Allerdings meint der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde nicht das, was der FPÖ-Politiker selbst sagt. Sondern jene Worte, die Kickl anderen in den Mund legt. „Wie kann einer, der Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben?“: So hat Jörg Haider einmal über Muzicant gelässt. Ausgedacht hat sich diesen vielfach als antisemitisch kritisierten Satz Kickl – wie so viele andere Gags, die blaue Wähler zum Schenkelklopfen reizen. Haiders Verbalwatschen für Jacques Chirac („Westentaschen-Napoleon“) entsprangen ebenso dem Hirn des 40-jährigen Villachers wie Wahlkampfslogans à la „Pummerin statt Muezzin“ oder „Daham statt Islam“. Auch Kickl jüngster Reim ziert Plakate: „Abendland in Christenhand“. (derstandard.at/1242316145591/Herbert-Kickl-Straches-Mundwerk-Maschinist)

„Dass freiheitliche Minister in Zukunft uneingeschränkten Zugriff auf Nachrichtendienste, Verfassungsschutzdaten, Melde-, Personenstands- und Polizeiregister haben werden, beunruhigt nicht nur linke Verschwörungstheoretiker. Auch der sonst um keine beschwichtige Formulierung verlegene Alt-Bundespräsident Heinz Fischer sieht darin Grund zur Besorgnis: „Die FPÖ sei in der Vergangenheit mit vertraulichen Daten nicht besonders sensibel umgegangen.“ (Profil 49.Jg Nr2.)

Der neue Bundeskanzler Kurz bedient sich der Ausländerfeindlichkeit: „um den Wohlstand in Deutschland & Österreich zu erhalten, müssen wir vor allem die illegale Migration nach Europa stoppen“.

Allerdings es gibt zu denken: etwa 60% der Wahlberechtigten sehen laut einer Umfrage im „Standard“ dem Jahr positiv entgegen.

Die Proteste gegen die neue Regierung im Dezember hielten sich in Grenzen, 5000 protestieren gemeinsam mit 1500 Polizisten gegen die Regierung. Unbehelligt ging es zur Angelobung. Im Vergleich zum letzten Versuch der ÖVP mit der FPÖ zu regieren verlief diese Angelobung ruhig. Im Jahr 2000 musste Schüssel und Haider versteckt vor den Demonstranten durch Kellergänge zum Regierungsamttritt. Hunderttausende demonstrierten in den darauffolgenden Wochen.

Es gibt warnende Stimmen. Der scheidende Präsident des Verfassungsgerichtshofes Holzinger, alles andere als ein Linker, warnt vor der weiteren Verschärfung der Gesetze zur Verfolgung von Straftaten (Sexualdelikte, illegale Einwanderung, sozialer Missbrauch), die Gesetze seien ausreichend, um alles und jeden verfolgen und bestrafen zu können. Die populistische Anlassgesetzgebung der letzten Jahre und die ange drohten weiteren Verschärfungen lassen nichts Gutes erwarten. Caritas-Direktor Beiglböck befürchtet, „dass es vermehrt Menschen geben wird, die nicht wohnen können, nichts zu essen haben, frieren müssen.“ (Kleine Zeitung)

Teile des Bundesheeres und Militaristen freuen sich über den neuen Bundes-

minister Kunarsek, für den eine massive Aufrüstung unbedingt notwendig erscheint. Übrigens wurde er bei einer Lüge ertappt, als er seine Urheberschaft von Artikeln in der rechtsradikalen „Aula“ verleugnen wollte. – Im Schulbereich gibt es Sorge, dass es nicht bei der Abschaffung der verbalen Beurteilung und die Rückkehr zur alten Notengebung bleibt. Die angekündigte Schließung des BIFIE (Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens) ist ein erster Hinweis, dass die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen von der Wunschliste der fortschrittlichen PädagogInnen gestrichen wird. Der konservative Chef der Lehrergewerkschaft Kienberger wird zufrieden sein. Er hat sich an das Christkind

gewandt: „Schenke uns nur Reformen, die auf die Schulwirklichkeit und deren Erfolg fokussieren und nicht von längst überholten Ideologien und sozialromantischen Träumereien dominiert sind!“ (aps 5/2017) Er dürfte erhört werden. – Die FPÖ ist ihrem Populismus auch in der Regierung offensichtlich treu geblieben, schneller Fahren auf den Autobahnen, keine „schikanösen“ Tempokontrollen, Rauchen bei den „Wirten“. Reitpferde für Wiener Polizisten, Asylwerber sollen in Großquartieren am Stadtrand untergebracht werden, sozialen Missbrauch bestrafen, kein Ausgang für Asylwerber nach 20 Uhr, ...

Für den 13. Jänner sind Demonstrationen gegen die neue Regierung angekündigt.

Katalonien nach der Wahl – „Legislaturperiode in Handschellen“?

CLAUS SEITZ, Schweinfurt/San Sebastián,
10.1.2018

Die separatistischen Parteien haben bei einer Rekordwahlbeteiligung von 82 % ihre Position behaupten können. Mit der absoluten Mehrheit der Sitze können sie zumindest theoretisch ihre Regierung wiederherstellen. – Junts per Cataluña (JxCat) übertraf gegen alle Vorhersagen knapp Esquerra Republicana (ERC). Bei der letzten Wahl waren die beiden großen nationalistischen Parteien noch mit einer einheitlichen Liste angetreten. JxCat setzte auf eine einfache, effektive Formel: Eine Wahlliste ohne Parteina men, mit Kandidaten der katalanischen Zivilgesellschaft und dem einzigen Pro gramm punkt: „Wiederherstellung der legitimen Regierung“, „Puigdemont unser Präsident“! – Die Separatisten erreichten ihre besten Ergebnisse in ihren Hochburgen im Landesinneren und auf dem flachen Land (Provinzen Lleida und Girona). Die antikapitalistische, separati stische CUP verlor 6 von 10 Sitzen.

Mit Ciudadanos hat eine Partei die meisten Stimmen erhalten, die 2006 explizit als Gegenprojekt zum katalanischen Nationalismus gegründet wurde. Das unverantwortliche Vorgehen der Separatisten, einseitig die Unabhängigkeitserklärung zu betreiben, und die Bedenken einer Hälfte der Gesellschaft zu negieren, hat die gesellschaftliche Fraktionierung verstärkt, extreme Positionen gestärkt und Ciudadanos Wähler zugetrieben.

Ciudadanos gewann vor allem im be völkerungsdichten, ehemals roten Gürtel (industrielle Zone) in und um Barcelona, in dem ein hoher Anteil innerspanischer Immigrantenfamilien lebt, traditionell Hochburg der Sozialisten. Neben der Mehrheit der Wahlbezirke in Barcelona (arme und reiche Stadtviertel) gewann Ciudadanos in zehn weiteren wichtigen Städten wie Tarragona.

Der Wahlkampf von Ciudadanos war aggressiv: Gegen die Unabhängigkeit Kataloniens, keine Konsens- oder Integrationsangebote, für Rezentralisierung

in der Nationalitätenfrage, insbesondere in der Sprachenpolitik, verbunden mit einer Kritik von rechts an der „Feigheit von Regierungschef Rajoy“.

Rajoys Volkspartei (PP) erreichte mit nur vier Sitzen nicht mehr Fraktionsstärke. José María Aznar, Ex-Regierungschef, der 2016 seine PP-Ehrenpräsidentschaft niedergelegt, unterstützte offen Ciudadanos. Nach der Wahl lobte Aznars Stiftung FAES den Wahlkampf von Ciudadanos in höchsten Tönen und kritisierte die Politik der Rajoy-Regierung scharf. Das extrem rechte Lager erhöht den Druck auf die Regierung. Dazu Fernando López Agudín (Diario Público, 30.12.17.) „Es handelt sich nicht nur um eine weitere Schlacht, weil von seinem Ausgang abhängt, ob eine autoritäre Abdrift des Regimes von 1978 gestoppt werden kann oder nicht. Zerbrechen jetzt mögliche Verhandlungen zwischen Unionisten und Unabhängigkeitsbefürwortern, wird das schädlich sein für Katalonien wie für Spanien, aber ebenso für das demokratische System und vor allem für die Perspektiven



**PUIGDEMONT,
EL NOSTRE
PRESIDENT.**

www.juntspercatalunya.cat



Wahlkampfplakate von Ciudadanos („Jetzt, wenn ich mich ändere“) und JxC („Puigdemont, unser Präsident“)

der progressiven Kräfte.“ – Die katalanischen Sozialisten (PSC), in der Erwartung hoher Stimmenzuwächse gestartet, stagnieren (+ 1 Sitz). Ihre Botschaft: Für Artikel 155, gegen einseitige Unabhängigkeit, föderale Lösung für Spanien, bessere Finanzierung Kataloniens.

CatComú-Podem (die linken Kräfte um Ada Colau, der Bürgermeisterin von Barcelona, und Podemos) positionierte sich zwischen den Blöcken und verlor drei von elf Sitzen. Ihre Forderungen: Vorrang für soziale Politik, gegen den Artikel 155, gegen die einseitige Unabhängigkeitserklärung, für ein paktiertes Referendum mit Garantien.

In der zugesetzten Situation wogen offensichtlich das jeweilige Nationalgefühl der Wähler, ihr Wunsch mit Spanien zu brechen oder nicht, die Abstammung ihrer familiären Wurzeln schwerer als soziale Interessen. Zwischen den Blöcken scheint es kaum Wähleraustausch gegeben zu haben.

Regierungsbildung offen

Ob die separatistischen Parteien am 31.1. ihre Mehrheit im Parlament tatsächlich herstellen und danach eine arbeitsfähige Regierung bilden können, ist fraglich: Bis jetzt sind 19 gewählte Abgeordnete wegen der Durchführung des Referendums und der Unabhängigkeitserklärung angeklagt, fünf haben sich in Brüssel dem Zugriff der spanischen Justiz entzogen, drei sitzen in Vorbeugehaft. Unklar ist, ob die Justiz inhaftierte Abgeordnete an den Parlamentsitzungen teilnehmen lässt.

100 spanische Juraprofessoren lehnen die gegen die Ex-Generalitat u.a. erhobenen Anklagepunkte gewalttätiger Aufstand und Auflehnung gegen die Staatsgewalt (mit über 30 Jahren Haft bedroht) ab oder sehen sie zumindest sehr kritisch. Der Oberste Gerichtshof bestätigt jedoch die Anklage und beschleunigt die Verfahren. Vor Ablauf eines Jahres sollen die Urteile gefällt sein, in deren Konsequenz die Verurteilten keine politischen Ämter mehr begleiten dürften.

JxCat und Puigdemont treten die Flucht nach vorne an und spinnen weiter an der Linie des Wahlkampfs: „Einen anderen als Puigdemont zum Präsidenten zu wählen, käme einer Akzeptanz des mentalen Rahmens des Artikel 115 gleich.“ „Damit der Präsident zurückkehren kann, muss man ihn wählen. Die Leute haben das gemacht. Was die Leute gemacht haben, kann das Parlament nicht verändern.“ „Ein politischer Pakt mit dem Staat“ müsste die Rückkehr Puigdemonts ohne Inhaftierung garantieren. Falls der Staat sich weigert, müssten die Abgeordneten den Präsidenten in Abwesenheit, z.B. per Videokonferenz, ins Amt heben oder Neuwahlen einberufen werden.

Wahlergebnisse Katalonien							
2015			2017				
Wahlbet. 77,44 %	Stimmanteile	Sitze	Wahlbet. 81,94 %	Stimmanteile	Diff. %-Punkte	Sitze	Differenz
JxSi	39,54%	62	JxCat	21,65%	3,50%	34	4
			ERC	21,39%		32	
CUP	8,20%	10	CUP	4,45%	-3,75%	4	-6
Lager Separatisten	47,74%	72		47,49%	-0,25%	70	-2
Ciudadanos	17,93%	25	Ciudadanos	25,37%	7,44%	36	11
PSC (Sozialisten)	12,74%	16	PSC (Sozialisten)	13,88%	1,14%	17	1
PP	8,50%	11	PP	4,24%	-4,26%	4	-7
Lager pro Art. 155	39,17%	52		43,49%	4,32%	57	5
CatComú	8,94%	11	CatComú-Podem	7,45%	-1,49%	8	-3

Die größte katalanische Tageszeitung „La Vanguardia“ appelliert am 1.1.18: „Katalonien benötigt eine neue Regierung, je stärker umso besser, und eine Überwindung des Artikel 155. Eine Regierung die die ‚Anwandlungen der Republik‘ wegschiebt und versucht den Bürgern Mut und Optimismus einzuflößen, um zu verhindern, dass Erschöpfung eintritt ... Jetzt ist die Stunde des Regierens und des Versuchs, einen Dialog mit der Zen-

tralregierung zu starten, ... so schwierig und unmöglich es auch erscheinen mag. Gewiss hilft dabei die Situation der Vorbeugehaft für Jordi Sánchez, Jordi Cuixart, Joaquín Forn y Oriol Junqueras überhaupt nicht, eine absolut ungerechte Situation ..., aber das darf kein Motiv für die Lähmung der beginnenden Legislatur sein. Katalonien muss seine Regierung wiedererlangen und die Normalität des Handels der Generalitat.“

Spanien: Der asymmetrische Staat der autonomen Gemeinschaften

CLAUS SEITZ, Schweinfurt/San Sebastián

Der Kampf um demokratische und soziale Rechte gegen die spanischen Oligarchien fand immer in enger Verbindung mit den Bewegungen für Autonomie und Anerkennung der Rechte der sogenannten historischen Nationalitäten, Baskenland, Katalonien und Galizien statt. In der zweiten Republik von 1931 bis 1936 erlangten diese per Volksentscheid Autonomiestatute, konnten die Autonomie wegen des Armeeputsches aber nur kurz oder überhaupt nicht realisieren. Seit 1833 hatten innerhalb des Zentralstaats lediglich 50 Provinzen als Administrationseinheiten existiert, an deren Spitze ein Zivilgouverneur der Regierung stand.

In der Phase des Übergangs von der Francodiktatur zur Demokratie fanden im Baskenland und in Katalonien Massendemonstrationen für die Wiederherstellung früherer Selbstbestimmungsrechte statt. Am 29. September 1977 konnte der katalanische Exil-Präsident Josep Tarradellas wieder nach Spanien einreisen und wurde formal zum Präsidenten einer provisorischen katalanischen Regierung ernannt. Noch vor Verabschiedung der Verfassung wurden Präautonomien in Katalonien und im Baskenland eingerichtet.

Die Verfassungsdebatte selbst fand

in keiner anderen Frage unter solcher Hochspannung und unter solchem Druck durch die Militärs statt wie beim Thema Rechte der historischen Nationalitäten und territoriale Struktur. Die Sonderregelungen für Katalonien und das Baskenland nährten die Ängste der franquistischen Vertreter, weil sie darin eine Gefahr für die territoriale Einheit des Landes sahen. Im Diskurs setzen sich die Gegner eines föderalen Systems durch.

Die Bildung der autonomen Gemeinschaften

Die Verfassung vom 29.12.1978 ließ die territoriale Gliederung des Landes offen. Um den Eindruck zu vermeiden, dass nur Forderungen der historischen Nationalitäten erfüllt würden, wurde allen 50 Provinzen die Möglichkeit eingeräumt, sich zu autonomen Gemeinschaften zusammenzuschließen. Mit dem Schlagwort „Kaffee für alle“ charakterisiert man diesen Prozess in Spanien. Die Provinzen sollten mit der Zentralregierung Autonomierechte aushandeln können, je nach Bedarf im Verfahren, im Zeitablauf und im Kompetenzumfang abweichend voneinander. Zwischen 1979 und 1983 bildeten sich 17 autonome Gemeinschaften auf zwei unterschiedlichen Kompetenzniveaus mit jeweils eigenem Statut.

Katalonien, Baskenland, Navarra, Galicien, dazu noch Andalusien, Valencia

und die Kanarischen Inseln erlangten „auf schnellem Weg“ die administrative und politische Autonomie. Sie konnten alle Kompetenzen, die nicht als exklusiv staatlich in Artikel 148 der Verfassung aufgeführt sind, in ihre Autonomiestatute übernehmen. Die restlichen zehn autonomen Gemeinschaften konnten „auf langsamem Weg“ aus einer eingeschränkten Liste administrative Kompetenzen auswählen.

Nachdem Madrid, Kastilien-León, Kastilien-La Mancha sowie Murcia und Aragonien die Autonomie zuerst abgelehnt hatten, wurde im ersten Autonomiepakt (Juli 1981) die flächendeckende Bildung autonomer Gemeinschaften festgelegt. „Die kastilischen Kerngebiete und andere Regionen identifizieren sich traditionell mit dem Gesamtstaat, das Bewusstsein regionaler Eigenart ist nur gering ausgeprägt, „so dass man gelegentlich diese anderen Autonomen Gemeinschaften als ‚künstlich errichtet‘ statt als historisch gewachsen bezeichnet.“^[1]

Fünf Jahre nach Inkrafttreten ihrer Autonomiestatuten sollten diese auf das höhere Kompetenzniveau gelangen. Mit dem zweiten Autonomiepakt (Febr. 1992) kam es per Organgesetz zu einer beträchtlichen Ausweitung der Kompetenzen im zweiten Niveau.

Die Statuten der autonomen Gemeinschaften haben rechtlichen Doppelcharakter, sie sind Organgesetze des spanischen Staates und als solche vom spanischen Parlament gebilligt, gleichzeitig sind sie wesentlicher Teil der Rechtsordnung der Autonomien.

Die Auseinandersetzung um die Weiterentwicklung der Autonomien, um ihre Kompetenzen und Finanzierung wurden in der Folgezeit immer stark von den Initiativen und Forderungen Kataloniens geprägt.

„Wirtschaftliches Zusammenspiel“ (concierto económico) mit dem Baskenland und Navarra

Die erste zusätzliche Verfügung der Verfassung anerkannte die „historischen Foralrechte“ des Baskenlands und Navarras, das sog. concierto económico. Das baskische aus dem Jahr 1878 stammend, und nur während der Francodiktatur für die beiden baskischen „Verräterprovinzen“ Biskaya und Gipuzkoa aufgehoben, wurde 1981 wieder in Kraft gesetzt.

Den beiden autonomen Gemeinschaften wurde Finanzhoheit eingeräumt,



unter der einzigen Voraussetzung, dass der Steuerdruck vergleichbar sein müsste mit dem im restlichen Staat. Seither liegen im Baskenland Gesetzgebung, Verwaltung und Vereinnahmung der Steuern weitgehend bei den Finanzbehörden der drei baskischen Provinzen. Für die Leistungen, die der Staat für die beiden autonomen Gemeinschaften erbringt, z.B. in der Verteidigungspolitik, für die Auslandsbotschaften oder für die Nationalmuseen, entrichten diese den cupo (Anteil) an den spanischen Staat. Der cupo wird alle fünf Jahre überprüft und neu ausgehandelt, er stellt eine Primärverpflichtung dar, d.h. er muss unabhängig von der Entwicklung der baskischen Steuereinkünfte aufgebracht werden („System einseitigen Risikos“). Das Baskenland und Navarra hängen somit völlig von ihrer eigenen Steuerkraft ab. Das durchschnittliche Steuerniveau war im Baskenland seit 1981 immer um ca. drei Prozentpunkte höher als im restlichen Staat.

Die conciertos regeln überdies Beiträge zum inneren Solidaritätsfonds. Eigene Foralrechte bestehen auch beim ehelichen Güter- und Erbrecht. Seit 2008 werden die foralen Rechte des Baskenlands und Navarras von der EU anerkannt.

Katalonien wurde keine foralen Rechte zugestanden, weil sie auch in der Vergangenheit schon lange nicht mehr bestanden hätten.

In allen anderen Autonomien gilt das „régimen común“, das allgemeinen Finanzsystem, hier liegt die Steuergesetzgebung im Wesentlichen beim Zentralstaat. Die Steuern werden durch die staatlichen Finanzämter vereinnahmt. Die autonomen Gemeinschaften erhalten dann von den auf ihrem Gebiet ver-

einnahmten Steuern Anteile (insbesondere 50 % der Einkommensteuer und der Mehrwertsteuer, 100 % der Vermögensteuer) zurück. Weitere Zuwendungen werden alle fünf Jahre neu verhandelt.

Wegen der unterschiedlichen Regelungen und Autonomiegrade der einzelnen Gemeinschaften, z.B. verfügen nur Baskenland, Navarra und Katalonien über eigene Polizeikräfte, und wegen der grundsätzlichen Verschiedenartigkeit der Finanzsysteme

spricht man von der „Asymmetrie des spanischen Staates der autonomen Gemeinschaften“. Die Asymmetrie wurde bewusst in der Verfassung so angelegt. Heute wird sie im politischen Diskurs gerne negativ als Kritik an „Privilegien“ einzelner autonomer Gemeinschaften herangezogen.

Vergleich mit dem deutschen Föderalsystem

Die deutschen Länder sind souverän, sie verfügen über eigene Staatlichkeit, Verfassung, und Gerichtsbarkeit, fast alle über ein eigenes Landesverfassungsgericht und sie können innerhalb ihrer Kompetenzen völkerrechtliche Verträge abschließen.

Die Autonomiestatute sind nur Grundlagengesetze. Die autonomen Gemeinschaften verfügen nur über eine abgeleitete Souveränität und über keine eigenen Verfassungsgerichte. Die judikative Gewalt liegt ausschließlich beim Zentralstaat, die Gerichte sind Organe der Zentralgewalt.

In Deutschland gilt der Grundsatz der Länderzuständigkeit. In Spanien kann man gerade umgekehrt von einer Kompetenzvermutung für die Zentralgewalt sprechen.

Alle Materien, die nicht von vornherein dem Staat zugewiesen sind, noch in ein Autonomiestatut aufgenommen sind, stehen dem Staat zu.

Der wesentlichste Unterschied besteht darin, dass im spanischen Verfassungssystem ein Einfluss der autonomen Gemeinschaften auf die gesamtstaatliche Gesetzgebung und auf das Staatshandeln, wie ihn die Bundesländer über den Bundesrat ausüben können, nicht vorgesehen ist. Den autonomen Gemeinschaften steht nicht einmal das Recht der

Gesetzesinitiative zu.

Der spanische Senat ist ein äußerst einflussloses und dem Abgeordnetenhaus völlig untergeordnetes Organ, eine sog. Zweitlesungskammer.

Die Finanzverfassung des deutschen Grundgesetzes ist tragender Pfeiler der bundesstaatlichen Ordnung und soll eine ausreichende Finanzausstattung der Länder und somit deren Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit gewährleisten.

Wie gesehen liegt in Spanien (mit Ausnahme der Foralsysteme des Baskenlands und Navarras) die politische Verantwortung für die Erhebung der Steuern bei der Zentralgewalt. Das Finanzsystem ist weniger von dem Streben nach Eigenständigkeit der autonomen Gemeinschaften geprägt als von einer Tendenz zur Umverteilung, zum Ausgleich der stark unterschiedlichen Wirtschafts- und Lebensbedingungen. Eine finanzielle Autonomie besteht nicht wirklich.

Streit um Kompetenzen und Gesetze

37 der im baskischen Statut von 1979 aufgeführten Kompetenzen wurden bis heute entgegen der im Statut eingegangenen Verpflichtung nicht auf die autonome Gemeinschaft Baskenland übertragen. Insbesondere während des Zeitraums der absoluten Mehrheit der Volkspartei (PP) (2000 bis 2009) und neuerdings seit dem Regierungsantritt Rajoys (2011) wurden keine Veränderungen vorgenommen. Vor dem Verfassungsgericht hat der Staat eine Batterie von Klagen eingereicht gegen Gesetze und Dekrete autonomer Gemeinschaften.

Kritische Stimmen sprechen davon, dass seit dem Urteil gegen das katalanische Statut (2010) ein intensiver, unbegrenzter Prozess der Rezentralisierung von Kompetenzen von Seiten des Staates stattfinden würde. Der Staat mische sich in jeden autonomen Kompetenzbereich ein. „Im Grunde genommen wandeln wir uns faktisch in Verwalter der staatlichen Politik. Wir haben die Befähigung zur Verwaltung, aber wir fällen nicht die Entscheidungen. Die Rezentralisierungstendenz ist unbestreitbar.“ (Lander Martínez, Podemos Euskadi).

Aktuelle Finanzierungsprobleme

Im Zusammenhang mit der Banken- und Finanzkrise explodierten seit 2007 die Haushaltsdefizite der autonomen Gemeinschaften des régimen común. Fehlende Einnahmen wurden durch zunehmende Verschuldung, insbesondere beim Staat, kompensiert. Ende 2016 beliefen sich die Schulden auf insgesamt ca. 277 Milliarden Euro, ca. ein Viertel der gesamten öffentlichen Schulden Spaniens (Valencia z.B. 44,7 Mrd. Euro Schulden

= 42,5% des regionalen Bruttonsozialprodukts; Katalonien 75,1 Mrd. Euro = 35,4 % des BIP.) Die katalanische Regierung und andere haben nur noch einen begrenzten Zugang zu den Finanzmärkten. Die Finanzierung ihrer Aufgaben und der größte Teil ihrer Einnahmen hängen von den Zuwendungen der Zentralregierung ab. Seit 2012 kontrolliert die Zentralregierung die Ausgaben der Autonomien sehr streng und wendet Sanktionen an, die die Kompetenzen der Autonomien erheblich einschränken.

Die Verteilung der Steuereinnahmen und der Ausgleichsfonds zwischen den Regionen erweisen sich als stetiger Quell für Spannungen.

Das Urteil des Verfassungsgerichts gegen das katalanische Autonomiestatut

2005 verabschiedete das katalanische Parlament ein neues Autonomiestatut, das vom spanischen Parlament nach Änderung der Hälfte seiner Artikel angenommen wurde. Bestätigt durch ein Referendum in Katalonien und unterzeichnet vom spanischen König trat es am 9.8.2006 in Kraft. Auf Grund einer von der PP eingereichten Klage erklärte das Verfassungsgericht 2010 § 14 Artikel für

insgesamt oder teilweise verfassungswidrig. Für 27 weitere Bestimmungen legte es eine verfassungskonforme Auslegung fest.

Seither ist Katalonien die einzige autonome Gemeinschaft, die sich nicht nach einem von ihr selbst ausgearbeiteten und gebilligten Statut richtet. Das Urteil des Verfassungsgerichts von 2010 markiert einen Wendepunkt. Es hat den Weg der Übereinkunft zwischen Katalonien und Spanien gebrochen, einen Kernbestandteil des 1978 erreichten territorialen Abkommens. Es führte dazu, dass die Mobilisierung in Katalonien für die Forderung nach Anerkennung der Souveränität und die Durchführung eines Referendums wie eine Flut anwuchs. Man muss bedenken, dass die Wiederherstellung der katalanischen Generalitat als republikanische Institution, in direkter Verbindung mit der Legitimität der Generalitat der 2. Republik, der eigentlichen Erarbeitung der Verfassung vorausging, in dieser anerkannt wurde und so Teil des konstitutionellen Pakts bildete.

(1) Martin Ibler, *Regiones Autonomas und deutscher Föderalismus, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in Europa und Spanien*, München, Hanns-Seidel-Stiftung, 2001

EU-Kampagne gegen Lohndiskriminierung

ROLF GEHRING, Brüssel

Mit einer am 20. November 2017 veröffentlichten Mitteilung^[1] stellte die Europäische Kommission einen Aktionsplan zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles vor. Ausgangspunkt der Betrachtung ist die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben und zwar in horizontaler (bezogen auf die Wirtschaftssektoren) als auch in vertikaler (bezogen auf die Karrierechancen) Hinsicht. Die Aktion ist als ein Beitrag zur allgemeinen Gleichstellung der Geschlechter ausgewiesen und bezieht sich auf die doch schon lange Tradition der Antidiskriminierungspolitik der EU.^[2]

Die Initiative wird auch als praktischer Beitrag für die Säule sozialer Rechte in der EU gedeutet. Damit bietet sie einen Bezugspunkt für Gewerkschaften und linke Parteien ihre Vorstellungen zur Ausgestaltung der sozialen Säule in diesem Bereich als konkrete Vorschläge für Veränderungen der gesellschaftlichen Praxis auszubreiten.^[3] Die Mitteilung eröffnet mit ihren Schwerpunkten verschiedene Möglichkeiten ganz praktischer Natur. Die genannten Schwerpunkte reichen von Information und Aufklärung bis zu Vorschlägen von sanktionsbewährten Maßnahmen wie Entschädigungsregelungen bei Benachteiligung. Interes-

sant auch, dass die Kommission schon 2013, im Zusammenhang mit früheren Maßnahmen gegen geschlechtsbedingte Lohndiskriminierung, ein „System zur geschlechtsneutralen Arbeitsbewertung“ vorgeschlagen hat. Die laufende Rechtsprechung zum Gegenstand soll in einem Leitfaden veröffentlicht werden.

Die europäischen Gewerkschaften könnten die Kampagne in vielen Teilen unterstützen und sie auch als eigene Gelegenheit nutzen, um in Sachen europäische Koordinierung der Tarifpolitik etwas <praktisches zu tun. Hat sich in den letzten Jahren doch deutlich herausgestellt, dass eine Koordinierung im Sinne von vereinbarten Parametern für die nationalen Tarifforderungen oder gar vereinheitlichte Forderungen nicht möglich sind, wäre hier ein allgemeiner Grundsatz (gegen Lohndiskriminierung) mit konkreten Aktivitäten (Durchforschen bestehender Tarifverträge hinsichtlich diskriminierender Bestimmungen) möglich und könnte sich zusätzlich auf einen gesellschaftlichen Diskurs stützen bzw. zu diesem beitragen. Wie etwa bei Fragen zur gesundheitlichen Wirkung der jeweiligen Arbeitsbedingungen oder der Umweltwirkung von Produktionsprozessen liegt mit der Diskriminierung ein Gegenstand vor, der nicht mehr einfach der privaten Verfügungsgewalt des jeweiligen Unternehmens unterliegt,

sondern wo die betriebliche Gestaltung gesellschaftlich ausgehandelten Normen folgen muss, Konfliktfälle an die Öffentlichkeit gezogen werden, Betriebe rechenschaftspflichtig sind.

Der Aktionsplan erlaubt, die Lohndiskriminierung in ihren diversen Formen in der öffentlichen Diskussion zu thematisieren. Untersuchungen in den USA etwa (siehe auch die folgenden Meldungen) zeigen eine klare Lohndiskriminierung nach Hautfarbe Nationalität und Geschlecht. Eine Form der Lohndiskriminierung, die allerdings tendenziell nicht thematisiert wird, ist die Diskriminierung der sogenannten „einfachen“ Handarbeit. Hier hätten Gewerkschaften oder die Linke ein Feld wo kritisches Eingreifen gefragt ist. In vielen Dokumenten der EU rund ums Thema Berufsbildung und künftige Qualifikationsanforderungen finden sich immer wieder die Begriffe unqualifizierte Beschäftigte oder unqualifizierte Tätigkeiten – also eine klare Diskriminierung vor allem von Tätigkeiten im Bereich der Handarbeit.

Aus der Mitteilung der Kommission KOM(2017) 678

„Die Gleichstellung der Geschlechter zählt zu den Grundwerten der Europäischen Union, doch im Arbeitsleben ist sie noch nicht verwirklicht. In der gesamten Wirtschaft verdienen Frauen in der EU im Durchschnitt über 16 % weniger pro Stunde als Männer. An diesem geschlechtsspezifischen Lohngefälle hat sich in den vergangenen fünf Jahren kaum etwas geändert. (...)

In dieser Mitteilung wird ein Aktionsplan vorgestellt, mit dem das geschlechtspezifische Lohngefälle weiter bekämpft und die umfassende Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Frauen und Männer sichergestellt werden sollen.

Die folgenden acht Aktionsschwerpunkte wurden herausgearbeitet:

1- Die Anwendung des Grundsatzes der Entgeltgleichheit verbessern

Die Kommission wird prüfen, ob Bedarf an weiteren gesetzlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Durchsetzung des Grundsatzes besteht, und geltende EU-Rechte weiter überwachen und durchsetzen.

2- Die Segregation nach Berufen und Wirtschaftszweigen bekämpfen

Die Kommission wird Vorgehensweisen unterstützen, die schon früh in Bildung und Beruf auf die Beseitigung von Stereotypen abzielen, ...

3- Die gläserne Decke durchbrechen: Initiativen zur Bekämpfung der vertikalen Segregation

Die Kommission wird Vorgehensweisen unterstützen, die der Herstellung eines

ausgewogenen Verhältnisses der Geschlechter in Entscheidungsprozessen in allen Wirtschaftszweigen und Positionen dienen.

4- Die betreuungsbedingte Benachteiligung beseitigen

Die Kommission wird die wirtschaftliche Emanzipation der Frauen durch die Förderung von Strategien zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben unterstützen.

5- Größere Wertschätzung für die Kompetenzen, Belastung und Verantwortung von Frauen

... Kurz- oder mittelfristig sind auch Maßnahmen notwendig, um in Berufen, in denen überwiegend Frauen tätig sind, bessere Löhne und Gehälter zu erreichen und damit die in den Wirtschaftszweigen, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, bestehenden Kompetenzen, Belastung und Verantwortung anzuerkennen.

6- Den Schleier lüften: Ungleichheiten und Stereotype aufdecken

Die Kommission wird auch künftig die relevanten Daten zum bestehenden Lohngefälle zwischen Männern und Frauen und dessen Auswirkungen auf Arbeitseinkommen und Renten erheben und bereitstellen.

7- Über das geschlechtsspezifische Lohngefälle aufklären und informieren

Die Kommission wird sich aktiv an Sensibilisierungsmaßnahmen beteiligen, die das geschlechtsspezifische Lohngefälle betreffen, und Leitlinien zum Grundsatz des gleichen Entgelts erarbeiten.

8- Partnerschaften zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles fördern

Die Kommission wird auch künftig mit wichtigen Akteuren zusammenarbeiten, um bewährte Verfahren auszutauschen, Mittel bereitzustellen und die Folgen des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen im Rahmen des Europäischen Semesters zu thematisieren.“

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DA/TXT/?qid=1482574646917&uri=COM%3A2017%3A678%3AFIN>

[1] Eine Mitteilung ist ein Rechtsinstrument, das weder direkt im Wortlaut auf nationaler Ebene übernommen werden muss (Verordnung) noch in nationales Recht umgesetzt werden muss (Richtlinie), sondern hat Aufforderungscharakter in Richtung Mitgliedsstaaten, schlägt Wege für die Umsetzung bestehenden Rechts vor und kündigt Aktivitäten, Maßnahmen (einschließlich legislativer) oder Programme und Initiativen der Kommission im bestehenden Rechtsrahmens an.

[2] Siehe auch das Kalenderblatt in den Politischen Berichten 6/2017: EU-Antidiskriminierungsrichtlinien: Rechtsbeistand im Kampf gegen Diskriminierung, S. 22/23

[3] Siehe auch Politische Berichte 12/2017: Chancen und Fallstricke – Die EU hat eine Säule sozialer Rechte bekommen, S. 15-17

DOK: Auslandsnachrichten

EDITH BERGMANN, Hannover;
ROLF GEHRING, Brüssel

Lohndiskriminierung

USA – Anhaltende Lohndiskriminierung

Die Tatsache, dass Frauen, schwarze und hispanische Beschäftigte aller Geschlechter für dieselbe Arbeit weiterhin weniger bezahlt werden, erfreut sich zunehmender öffentlicher Aufmerksamkeit in den USA und steht im Mittelpunkt einer ganzen Reihe neuer Gesetze, Vorschriften und Gerichtsverfahren. Daten einer Volkszählung zeigen, dass auf den Arbeitsmärkten der USA vor dem Hintergrund von geschlechtsspezifisch und auf Basis der Nationalität definierten Lohngruppen weiterhin große Unterschiede bestehen. Der durchschnittliche Stundenlohn weißer Männer beträgt 21 US-Dollar. Der für hispanische Frauen 12 US-Dollar (57 Prozent), der für schwarze Frauen 13 US-Dollar (62 Prozent), der für hispanische Männer 14 US-Dollar (67 Prozent), der für schwarze Männer 15 US-Dollar (71 Prozent), der für weiße Frauen 17 US-Dollar (81%) und 18 \$ (86%) der für asiatische Frauen, wobei nur asiatische Männer mehr verdienen als weiße Männer (24 \$ oder 114%). Während Frauen, insbesondere asiatische und weiße Frauen, Fortschritte beim Schließen der geschlechtsspezifischen Unterschiede gemacht haben, hat sich das ethnische Lohngefälle zwischen Männern nicht verändert. Tatsächlich zeigen Daten, dass die Lohndifferenz zwischen Weißen und Schwarzen seit 1979 von 18,1% auf 26,7% gestiegen ist.

<https://sanfordheisler.com/continuing-race-gender-pay-gaps-prompt-new-responses/>

Google-Fall: Richter weist die Sammelklage zurück

Ein kalifornisches Gericht hat im September 2017 eingereichte Sammelklagen abgewiesen, in denen Google vorgeworfen wird, weibliche Angestellte geringer zu bezahlen als Männer. Anfang Januar 2018 soll jedoch eine neue Beschwerde eingereicht werden. James Finberg, ein Anwalt der Kläger, sagte, ihre neue Beschwerde würde klarstellen, „dass Google gegen das kalifornische Equal Pay Act verstößt, indem es Frauen in praktisch jeder Berufsklassifikation weniger als Männer für im Wesentlichen gleiche Arbeit bezahlt“. Die Klage schien die erste zu sein, die im Namen einer Frauengruppe gegen Google eingereicht wurde. Das Department of Labour verklagte Oracle America Inc. bereits im Januar 2017, da dort weiße Männer mehr erhalten als

Frauen und Minderheiten mit ähnlichen Jobs. Zuvor schon wurden Microsoft und Twitter mit Klagen wegen Lohndiskriminierung konfrontiert, und Qualcomm hat im vergangenen Jahr Forderungen in Höhe von 19,5 Millionen Dollar bezahlen.

<https://www.theguardian.com/technology/2017/dec/06/google-women-pay-discrimination-lawsuit>, 6.12.2017

Norwegen – Ein Schritt gegen Unterbezahlung

Für das Gastgewerbe sieht eine allgemeinverbindliche Vereinbarung vor, dass ab dem 1. Januar 2018 alle Arbeitnehmer nach dem Tarifvertrag, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, norwegisch oder ausländisch, gleich behandelt werden. Die Vereinbarung verbietet die Bezahlung von Hotel-, Restaurant- und Catering-Arbeitnehmern über 18 Jahren unter 157,18 norwegische Kronen (16 Euro) pro Stunde. Die Gewerkschaft Fellesforbundet sieht darin einen wesentlichen Schritt gegen die unwürdigen Arbeitsbedingungen, denen viele Einwanderer im Gastgewerbe ausgesetzt sind. Die Mindestlohnsätze richten sich nach den jeweiligen Lohnhöhen der Tarifverträge, auf denen sie basieren. Nach der kommenden Tarifverhandlungsrunde im Frühjahr werden daher Erhöhungen der Sätze anstehen.

<https://www.fellesforbundet.no/lonn/allmenngjoring/hotell-restaurant-og-catering/information-in-english/> 13.11.2017

Vier Prozent höherer Mindestlohn in Spanien

Eine neue Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und der spanischen Regierung sieht vor, dass der Mindestlohn 2018 um 4 Prozent auf 736 Euro pro Monat steigen wird. Seitdem die spanische Wirtschaft sich seit 2013 erholt, ist sie zu einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften in der Eurozone geworden. Spaniens Arbeitslosenquote fiel im dritten Quartal auf das niedrigste Niveau seit fast neun Jahren. Aber mit 16,4 Prozent ist es immer noch eine der höchsten Arbeitslosenquoten unter den Industrieländern. Viele der in der jüngeren Zeit geschaffenen Arbeitsplätze sind jedoch zeitbefristet oder Teilzeitbeschäftigungen, was zu niedrigen Löhnen und steigender Ungleichheit führt. Die Gewerkschaften fordern starke Lohnerhöhungen. Sie zeigen sich mit der jetzt vereinbarten Erhöhung der Mindestlöhne zufrieden. „Es ist ein Anstoß für die nötigen Erhöhungen der Gehälter der Menschen, die in der Wirtschaftskrise am meisten verloren haben“, sagte

Unai Sordo, Vorsitzender der Arbeiterkommission, der größten Gewerkschaft Spaniens.
<https://uk.reuters.com/article/uk-spain-economy-wages>, 19.12.2017

Geschlechtsspezifisches Lohngefälle in Frankreich

PAULINE BIDAUD, PARIS

In Frankreich ist die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz ein allgemein anerkanntes Ziel, jedoch keine Realität. 60% der Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren sind erwerbstätig, bei Männern sind es 67,9%. Frauen stellen auch die Mehrheit der Teilzeitbeschäftigt (80%). Wenn über Einkommen gesprochen wird, besteht nach wie vor eine große Lücke. In den Angestelltentbereichen erhalten Frauen 21,8% weniger als Männer. 12,9% sind es im Bereich der Techniker und 10,7% für Angestellte und Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft.

Diese Unterschiede wirken sich auch deutlich auf die Renten aus. Mit 1603 Euro pro Monat erhalten Männer durchschnittlich 42% mehr als Frauen (932 Euro). In Bezug auf die Gesetzgebung hat das Gesetz „Roudy“ 1983 den Grundsatz der beruflichen Gleichstellung der Geschlechter bestätigt. Zwei weitere Gesetze im Jahr 2010 (Reform des Rentensystems) und 2014 (effektive Gleichstellung von Frauen und Männern) bekräftigten dieses Prinzip. Im Jahr 2015 hat das Gesetz zur Modernisierung des sozialen Dialogs und der Beschäftigung die Wirksamkeit der Verhandlungs- und Informations- / Konsultationsprozesse in Bezug auf die berufliche Gleichstellung tatsächlich verbessert. Die neue Regierung kündigt nun konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der nach wie vor bestehenden Ungleichheit an. Der Grundsatz der vollständigen Transparenz der Gehälter könnte eine dieser Maßnahmen sein. Frankreich würde damit deutschen und isländischen Beispielen folgen. (eigene Übersetzung)

UK – Name and Shame Liste veröffentlicht

Im Dezember veröffentlichte die Regierung eine aktualisierte „Name and Shame“-Liste, eine Übersicht, in der die Firmen aufgelistet sind, die ihre Beschäftigten unterbezahlen. In der Pressemitteilung heißt es, dass Firmen in den Bereichen Einzelhandel, Gastgewerbe und Friseure zu den häufigsten Tätern gehören. Die 260 Unternehmen, die auf der Liste stehen, benachteiligten etwa 16 000 Beschäftigte mit einer Summe von ungefähr 1,7 Millionen Pfund an zu wenig bezahltem Lohn und wurden mit

1,3 Millionen Pfund bestraft. Die Gewerkschaften haben diese Veröffentlichung in der Vergangenheit gefordert. Die Veröffentlichung wird jedoch als nicht ausreichend betrachtet, oder wie GMB (eine der Gewerkschaften) sagte: Der Ansatz sei ein schlechter Ersatz für eine echte Strafverfolgung.
<https://www.gov.uk/government/news/>, 8.12.2017

Tschechien – geschlechtsspezifisches Lohngefälle ist hoch

Frauen mit Hochschulbildung erhalten in Tschechien im Durchschnitt 29 Prozent niedrigere Gehälter als ihre männlichen Kollegen, so eine Studie des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Die Studie schließt, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle mit steigendem Bildungsniveau zugenommen hat. Insgesamt weist das Land in der EU den zweithöchsten Unterschied bei den Durchschnittsverdiensten von Männern und Frauen (22%) auf. Den Autoren zufolge wird die geschlechtsspezifische Diskrepanz auch durch das vorherrschende Klischee verursacht, dass der Mann als Ernährer und die Frau als jemand betrachtet, der sich um den Haushalt kümmert. Weitere negative Faktoren, die zum geschlechtspezifischen Lohngefälle beitragen, sind die niedrigeren Erwerbstätigkeiten bei Frauen, der lange Mutterschaftsurlaub und die geringen Elternleistungen, die die Väter nicht zur Kinderbetreuung motivieren, sowie der Mangel an Krippen und Kindergärten.

Quelle: ETUI Collective Bargaining Newsletter 11/2017

Luxemburg – höherer Mindestlohn gefordert

In ihrem zweisprachigen Magazin formuliert die Gewerkschaft OGBL die Forderung nach einem verbesserten gesetzlichen Mindestlohn. Derzeit beträgt der monatliche Mindestlohn für eine 40-Stunden-Woche 1727 Euro, während die Armutsschwelle auf 1860 Euro geschätzt wird. Dies bedeutet, dass die Mindestlohnempfänger zu den arbeitenden Armen gehören. Der OGBL bezieht sich auf eine Studie des Statistischen Amtes, die das Nettoeinkommen von 1900 Euro als notwendiges Einkommen für ein anständiges, gleichwohl bescheidenes Leben berechnet. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich gewinnt der gesetzliche Mindestlohn Bedeutung als Teil einer Politik, die wachsende Ungleichheiten bekämpfen soll.

Quelle: ETUI Collective Bargaining Newsletter 12/2017

DOK Aktionen – Initiativen

THORSTEN JANNOFF, Gelsenkirchen

Regierungsbildung – Stellungnahmen in Sachen Frieden

Aufruf zu den Protesten gegen die Münchener Sicherheitskonferenz

FRIEDEN STATT AUFRÜSTUNG – NEIN ZUM KRIEG!

MÜNCHEN. Während im Februar in München die 54. Konferenz unter dem Titel Sicherheit stattfindet,

- stehen sich aufgrund der vorgerückten Nato-Truppen an der russischen Grenze die größten Militärmächte der Welt gegenüber,
- droht der Konflikt zwischen Nordkorea und der USA zu einem Atomkrieg zu eskalieren,
- beteiligen sich die Nato-Staaten und ihre Bündnispartner an der Zerstörung der Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen und zwingen sie damit zur Flucht, beispielsweise in den kurdischen Gebieten, im Jemen und in Afghanistan,
- leiden weltweit 815 Millionen Menschen unter chronischem Hunger. Alle zehn Sekunden stirbt ein Kind unter fünf Jahren an den Folgen von Unterernährung. Aber auch in Deutschland leben 15 % der Bevölkerung in Armut und sozialer Unsicherheit. Es ist also höchste Zeit, über globale Sicherheit für alle Menschen zu reden, doch darum geht es auf der sogenannten Sicherheitskonferenz (SIKO) in München nicht.

Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland die militärische Drehscheibe für die von USA und Nato geführten Kriege. Hier befinden sich deren wichtigste Kommandozentralen. Von Ramstein aus werden Waffen- und Truppentransporte abgewickelt, Kampfeinsätze gestartet und der Einsatz von Kampfdrohnen gelenkt. Zwei Drittel der UN-Mitgliedsstaaten haben ein Atomwaffenverbot beschlossen. Auch 93 % der deutschen Bevölkerung

will Nuklearwaffen verbieten. Doch die Bundesregierung hat sogar die Vertragsverhandlungen boykottiert. Sie hält an der Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland fest und lässt ihren Einsatz von Bundeswehrpiloten trainieren. Rüstungskonzerne verdienen Milliarden mit den Waffenexporten in Krisengebiete. Türkei, Saudi-Arabien und andere Länder nutzen für ihre Kriege in Deutschland produzierte Waffen. Die Bundesregierung plant bis 2024, die jährlichen Militärausgaben auf rund 75 Mrd. Euro (2 % vom BIP), zu verdoppeln. Dies wäre aktuell jeder 5. Euro des Bundeshaushaltes. Diese Milliarden für die Aufrüstung fehlen dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden: im Sozialbereich, z.B. Bildungs- und Gesundheitswesen, für den Bau von Sozialwohnungen, die kommunale Infrastruktur, und die Integration der Geflüchteten sowie den ökologischen Umbau. Auch in Entwicklungsländern wären solche finanziellen Mittel dringend nötig ...

Wir fordern

- Nein zur Aufrüstung. Kürzung des Militäretats.
- Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, keine Bundeswehreinsätze im Innern.
- Wir treten ein für eine Welt ohne Militär, somit auch für die Abschaffung der Bundeswehr.
- Nein zur Produktion von Kriegswaffen. Sozialverträgliche Umstellung auf zivile Güter des öffentlichen Bedarfs. Stopp aller Rüstungsexporte, insbesondere an die Türkei, Saudi-Arabien, Katar und andere Krisengebiete. Verbot von Lizzenzen und der Verlagerung der Rüstungsproduktion ins Ausland.
- Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag, Atomwaffen raus aus Deutschland.
- Schluss mit dem ständigen Bruch des Völkerrechts, keine Angriffskriege.
- Auflösung aller US- und Nato-Militärstützpunkte in Deutschland. Keine Beteiligung an den US-Drohnenmorden

(via Ramstein + Africom).

- Deutschland raus aus der Nato und allen Militärstrukturen der EU.
- Kein Konfrontationskurs mit Russland. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.
- Solidarität mit Flüchtlingen; Fluchtgründe beseitigen, nicht verursachen.
- Investitionen in soziale Sicherheit, Nachhaltigkeit und Frieden statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg.

Kommt zur Demonstration am Samstag, 17. Februar

2018 in München 13 Uhr Stachus!

www.antisiko.de

„Verbot von Atomwaffen durchsetzen“

AKTIONSKONFERENZ 2018 IN KÖLN. Seit Januar 2017 steht die sogenannte Doomsday clock auf 2,5 Minuten vor Zwölf. Die Gefahr eines Atomkrieges ist so groß wie seit dem Koreakrieg in den 50er Jahren nicht mehr. Aktuelle Krisenherde insbesondere um Nordkorea, aber auch zwischen den USA und dem Iran, um die Ukraine und Syrien verdeutlichen die Sorge vor einem auch atomaren Weltenbrand.

Kann sich die Friedenslogik für Dialog und Kooperation, Entspannung und Abrüstung durchsetzen? Wie ermutigend ist dabei der Friedensnobelpreis, der am 10. Dezember an die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) und damit alle knapp 500 Partnerorganisationen wie ICAN Deutschland und die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ für ihr Engagement für ein Atomwaffenverbot verliehen wird? Das im Juli bei den Vereinten Nationen von 122 Staaten beschlossene Atomwaffenverbot, das seit dem 20. September zur Unterzeichnung ausliegt, wäre ohne deren Engagement nicht zu stande gekommen. Bereits 53 Staaten haben diesen Vertrag unterzeichnet, 3 davon ratifiziert.

Gewürdigt werden mit dem Preis auch alle weiteren Aktiven, die sich für die

FRIEDEN STATT AUFRÜSTUNG! NEIN ZUM KRIEG!



vollständige Abrüstung von Atomwaffen engagieren! Jetzt muss die (neue) Bundesregierung Farbe bekennen, dem Verbotsvertrag von Atomwaffen beitreten und den Abzug der Atomwaffen aus Büchel auf den Weg bringen ...
<http://www.atomwaffenfrei.de>

Präsident Trump spielt mit dem atomaren Feuer

NEUE US-MILITÄRSTRATEGIE. US-Präsident Donald Trump deutet in der neuen US-Militärstrategie eine neue Nukleardoktrin an. Die unter Barack Obama reduzierte Rolle von Atomwaffen in der Gesamt-Militärstrategie soll rückgängig gemacht werden. ICAN und IPPNW Deutschland kritisieren dieses Rollback scharf. Xanthe Hall, IPPNW-Abrüstungsreferentin und Vorstandsmitglied von ICAN, kommentiert: "Der US-Präsident verkennt die Gefahr eines Atomkrieges durch eine weitere Eskalation und spielt dabei mit dem Feuer. Jeder Atomwaffeneinsatz hätte katastrophale humanitäre Folgen. Trump glaubt daran, dass Stärke bedeutet, die zerstörerischsten Waffen im Besitz zu haben und mit ihrem Einsatz zu drohen. Er will sie nicht nur nutzen, um Gegner vor einem atomaren Angriff abzuschrecken, sondern auch vor jeglichem strategischen Angriff mit konventionellen Waffen. Das ist aber kein Ausdruck von Stärke, sondern von Schwäche, die eine globale Bedrohung darstellt."

Unter Präsident Obama wurde die Bush-Doktrin der nuklearen Abschreckung gegen potentielle konventionelle Angriffe auf Angriffe mit Massenvernichtungswaffen eingegrenzt. Diese Änderung hat die Abrüstungsgemeinschaft positiv aufgenommen als ein Teil seines Plans, langfristig eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen, zusammen mit weiteren bilateralen Verhandlungen mit Russland, die zum Neuen Start-Vertrag führten ...
<https://www.ipnw.de/index.php?s,1/>

Syrienmandat der Bundeswehr zum zweiten Mal verlängert

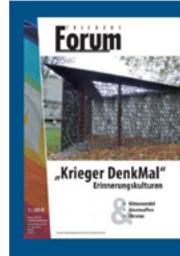
BERLIN/BONN. – Anlässlich der heutigen Verlängerung des Bundeswehrmandates für Syrien um drei weitere Monate zeigt sich die Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ enttäuscht. Gleichzeitig erneuert sie ihre Forderung nach einem Ende des Bundeswehreinsatzes. Der Bundestag hatte dem Antrag der geschäftsführenden Bundesregierung auf Verlängerung des Mandats in seiner Sitzung am heutigen Vormittag mit 436 Ja-Stimmen gegenüber 226 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen zugestimmt. Die Kampagne hatte am gestrigen

Bundesregierung muss über Gefahr türkischer Todesschwadronen in Deutschland aufklären

BERLIN. „Es muss jetzt schnell aufgeklärt werden, ob türkische Todesschwadronen in Deutschland aktiv sind und mit dem Anschlag auf den Fußballprofi und Erdogan-Kritiker Deniz Naki in Düren in Verbindung stehen. Es darf nicht sein, dass Menschen in Deutschland, die dem Erdoganregime kritisch gegenüberstehen, ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Innenminister Thomas de Maizière dürfen die Hände nicht weiter in den Schoss legen und haben stattdessen die Pflicht, die kriminellen Aktivitäten des Erdogan-Netzwerks in der Bundesrepublik endlich zu unterbinden“, erklärt die Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Sahra Wagenknecht, zu den Schüssen auf den ehemaligen Spieler des FC St. Pauli, Deniz Naki, gestern in der Nähe von Aachen. Wagenknecht weiter: „Ich frage mich, was noch passieren muss, bis die Bundesregierung gegen das Erdogan-Netzwerk in Deutschland vorgeht. Muss es erst Tote geben, bevor gegen türkische Agenten konsequent vorgegangen wird? Gerade vor dem Hintergrund, dass der Personenschutz für durch das Erdogan-Netzwerk gefährdete Personen in Deutschland in jüngster Zeit erhöht wurde, muss das Attentat auf Deniz Naki Anlass zu äußerster Besorgnis sein ...
<https://www.linksfraktion.de>

Montag mit einer Kundgebung vor dem Reichstagsbrand gegen die Verlängerung des Einsatzes protestiert. „Während viele Stimmen den vermeintlichen militärischen ‚Sieg‘ über den sog. IS in Syrien verkünden und auch der russische Präsident damit beginnt, seine Truppen aus Syrien abzuziehen, sehen die deutschen Bundesabgeordneten anscheinend keine Notwendigkeit, die politische Strategie zu verändern. Wir sind enttäuscht, dass sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags nach 2016 zum zweiten Mal mehrheitlich für eine Verlängerung des Syrienmandats ausgesprochen und viele eine Änderung ihres Abstimmungsverhaltens gescheut haben – vielleicht wegen der vermeintlich unbedeutenden Verlängerung um nur drei Monate“, so Kampagnen-Co-Sprecher Ulrich Wohland. „Positiv stimmt uns jedoch, dass die Fraktion der Linken wie auch die Fraktion der Grünen – letztere mit nur einer Ausnahme – wieder geschlossen gegen das Mandat gestimmt haben. Wir werden uns nun Zeit nehmen, das Abstimmungsergebnis und die Debatte im Bundestag ausgiebig zu analysieren und dann unsere Kräfte auf die nächste Abstimmung richten: Denn Anfang 2018 wird der Bundestag erneut über eine Verlängerung des Einsatzes abstimmen müssen ...
<https://www.friedenskooperative.de> – Dort gibt es auch die neueste Ausgabe des Friedensforums!

FriedensForum 1 / 2018



1 / 2018
"Krieger DenkMal": Erinnerungskulturen
Weitere Themen:
➤ Klimawandel
➤ Atomwaffen
➤ Ukraine

Keine deutsche Militärhilfe für Erdogans Angriffskrieg gegen Kurden

BERLIN. Die vom türkischen Präsidenten Erdogan angekündigte Militäroffensive in den kurdisch kontrollierten Regionen in Syrien strafft die Bundesregierung Lügen. Die von Bundesaußenminister Gabriel mit dessen türkischem Amtskollegen Cavusoglu in Goslar beim Teekränzchen verabredete Nachrüstung von Leopard-Panzern der türkischen Armee mit Minenschutz ist keine defensive Schutzausstattung für die Bekämpfung des IS. Die Aufrüstung verbessert vielmehr die Offensivfähigkeiten der türkischen Armee bei der Vernichtung kurdischer Kräfte in Nordsyrien als tapfere Gegner des IS. Die Bundesregierung darf Erdogans neuen Krieg gegen die Kurden nicht unterstützen“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende und Rüstungsexpertin der Fraktion Die Linke im Bundestag.

Dagdelen weiter:

„Erdogan hat die Türkei laut Bundesregierung zur ‚zentralen Aktionsplattform‘ des islamistischen Terrors in der Region gemacht und bewaffnet islamistische Mörderbanden. Mit dem Terrorpaten Erdogan darf es keine Waffen-deals geben. Der Bau einer Panzerfabrik in der Türkei mit Beteiligung der Düsseldorfer Rüstungsschmiede Rheinmetall muss unterbunden werden. Notwendig sind ein vollkommender Stopp von Rüstungsexporten in die Türkei und der Abzug aller deutschen Soldaten. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Bundeswehr den Krieg Erdogans gegen die Kurden durch die Lieferung von Aufklärungsdaten aus AWACS-Maschinen nicht länger unterstützt.“
<https://www.linksfraktion.de>

Solidarität mit den Akademikern für den Frieden in der Türkei!

JÖRG DETJEN, Köln

Am 5. Dezember begann in Istanbul der erste von mindestens 300 Prozessen gegen die Akademiker für den Frieden. Eine kleine Delegation von drei Kölnerinnen und Kölnern (eine Gewerkschafterin, eine Vertreterin der Studierenden- schaft und der Fraktionssprecher der Linken im Kölner Stadtrat) sowie ein Arzt von IPPNW aus Rostock besuchten den Prozess.

Bereits am Tag zuvor gab es eine große Pressekonferenz der Ärztekammer Istanbul und der Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst KESK und der Bildungsgewerkschaft Egitim Sen, die beide dem Europäischen Gewerkschaftsbund angehören, für die Akademikerinnen und Akademiker für den Frieden. Auch die Kölner Delegation hielt ein kurzes Grußwort, ebenso wie Delegationen vom Europäischen Gewerkschaftsbund, Vertreter aus Großbritannien, Frankreich, Spanien, Zypern und Dänemark. Eine Infoveranstaltung (Foto 1) und eine Kul- turveranstaltung folgten.

Der Prozesstag selber begann mit einer Kundgebung vor dem Çaglayan Justiz Palast mit ca. 300 Personen, zu der die Kölner ein Transparent mitgebracht hatten (Foto 2). Die internationale Presse war vertreten, darunter auch ARD, ZDF, ORF und der Kölner Sender für die Türkei Arti TV.

Dann folgten 10 Einzelprozesse in einem dicht gedrängten, winzigen Prozessaal. In den ersten Prozessen wurde eine Art Grundsatzentscheidung vom Gericht

verkündet. Sie werden nicht nach dem türkischen Strafgesetzbuch § 301 (Beleidigung des Türkentums) geführt, sondern nach den türkischen Anti-Terror-Gesetzen. Die Anwälte kritisierten diese Entscheidung, forderten Freisprüche und die Zusammenlegung aller Prozesse in ein Verfahren. Diese Prozesse wurden daraufhin auf den 12. April 2018 vertagt. Am zweiten Prozesstag, dem 7.12. mit 30 Anklagen, wurde ähnlich verfahren.

Dieser riesige Schauprozess, zerlegt in Einzelverfahren, wurde neben den oben genannten Prozessbeobachtern auch vom französischen Botschafter, einem Vertreter des Auswärtigen Amtes der BRD und den USA verfolgt. Hohe Haftstrafen will der türkische Staat durchsetzen. Selbstbewusst und entschieden

traten die Angeklagten und Anwälte auf. Es wird eine langwierige und schwere Auseinandersetzung geben, die sich über viele Monate hinziehen wird. Internationale Öffentlichkeit ist wichtig und wurde von den Akademikern für den Frieden ausdrücklich begrüßt.

Der Prozess gegen unseren Kölner Akademiker Dr. Sharo Garip steht ebenfalls an. Er begleitete die Kölner Delegation immer wieder, dolmetschte und erklärte. Danke dafür und für die vielen interessanten Gespräche!

Die Kölner Delegation besuchte ebenfalls am 6.12. eine Solidaritäts-Kundgebung der HDP vor dem Istanbuler Justizpalast anlässlich des in Ankara stattfindenden Prozesses gegen die Co-Vorsitzende Figen Yüksekdag. Jörg Det-



1: Pressekonferenz der Ärztekammer in Istanbul



Dr. Sharo Garip:

„Die Instrumentalisierung der Justiz ist nur eine Methode, diese Leute zu drangsalieren. Eine andere, auch sehr effektive Weise ist die massenhafte Entlassung missliebiger Personen aus ihren Berufen. Diese stehen von heute auf morgen plötzlich auf der Straße, zum Beispiel Prof. Dr. İbrahim Kaboğlu, ein prominenter Rechtswissenschaftler, der in Istanbul unterrichtete. Er lebt jetzt in Paris und lehrt von dort aus, über Skype. Eine Schande, was diesen Menschen widerfährt! Wie kann die EU solche Menschen im Stich lassen? Es ist doch schlimm, wenn die Menschen allgemeinwährtige Angst vor Zukunftslosigkeit und Einkommensverlust haben, wenn sie befürchten müssen zu verhungern, weil

sie keine Arbeit mehr finden und jeder Perspektive beraubt werden. Nach dem Militärputsch 1980 hatten wir massenhaft Folter, heute haben wir diese Form struktureller Gewalt.“

„Intellektuellen und Kreativen wird der „Boden heiß gemacht, man engt sie ein, behindert sie in ihrer Arbeit und macht ihnen Schwierigkeiten, wo immer es geht. Einige sind weggezogen, etwa nach Kadıköy, weil sie keine Freiräume mehr haben. Und genau das ist die perfide Strategie der AKP: Sie vernichtet die Lebensräume der kritischen Personen. Ich weiß von vielen Freunden, Professoren, Medizinern, Lehrern, dass sie mit der ständigen Angst vor Vernichtung ihres vertrauten Lebensumfelds leben. Wenn sie nicht vor Gericht stehen oder bereits entlassen wurden, verbannt man sie in die Provinz. Sie verlieren ihre vertraute Stellung, ihr soziales Umfeld, ihr Lebensraum wird kleiner. Auf diese Weise wird die Opposition isoliert, werden ihre Netz-

werke geschwächt. Dem Regime ist praktisch jedes Mittel zur Unterdrückung und Mundtotmachung recht. Per Dekret werden ständig neue Listen mit Namen für Entlassungen oder Versetzungen herausgegeben. Die Bedrohungen und Einschüchterungen sind allgegenwärtig. Das war für mich sehr schmerhaft zu erleben. Und auch hier muss ich wieder fragen: Wo bleibt die Solidarität der EU? Eine hervorragende Medizinprofessorin hat mir gesagt: Sharo, Ihr Europäer lasst uns allein mit denen. Das hat mir regelrecht wehgetan! Wie kann man all diese Menschen, die für demokratische und freiheitliche Werte einstehen, alleine lassen? Ich hatte fast ein schlechtes Gewissen, als ich die Türkei verließ; ich war mir unsicher, ob ich meine Freunde dort überhaupt zurücklassen sollte. Aber sie ermutigten mich zu gehen, damit ich sie von Deutschland aus unterstützen kann und den Menschen hier, in der EU, die Augen öffne!“



2: Vor dem Istanbuler Justizpalast

jen, Fraktionssprecher der Ratsfraktion, überbrachte Grüße und forderte die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Mitte Dezember entschied sich der Kölner Akademiker Dr. Sharo Garip, nachdem er erfahren hatte, dass sein Prozess im April 2018 stattfinden würde, in die Offensive zu gehen. Seine Anwältin wandte sich an das Gericht und forderte einen kurzfristigen Prozesstermin. Inzwischen gab es auch wieder Gespräche zwischen Berlin und Istanbul und die Freilassung von Mesale Tolu.

Am 19. Dezember war dann überraschend der erste Prozesstermin von Sharo Garip. Das Gericht hob sein Ausreisverbot auf. Sharo Garip erklärte im Gericht:

„In der Türkei haben seit hundert Jahren weder die Justiz noch die politische Macht dafür sorgen können, dass die freie Meinungsäußerung nicht mehr als Straftat betrachtet wird, so wie es sein

müsste. Diese Verbote behindern nicht nur die Demokratisierung, sondern bilden insgesamt ein echtes Hindernis dafür, dass sich die Gesellschaft weiterentwickeln kann.“

Inzwischen gab es zumindest in NRW ein großes öffentliches Echo zu dem Prozess. Der Fall wurde zum Beispiel im Kölner Stadtanzeiger dreimal auf der Titelseite behandelt und dreimal im Politikteil.

Ein erster Ausreiseversuch vor Weihnachten schlug fehl, die bürokratischen Hindernisse konnten aber schnell aus dem Weg geräumt werden. Am 27. Dezember klappte die Auseise und eine Kölner Delegation empfing Sharo Garip am Flughafen (Foto 3).

Ein Fazit haben die beteiligten Akteure aus der Freilassung von Sharo Garip gezogen: Politische und kulturelle Besuche in der Türkei sind wichtig. Wir dürfen die demokratischen Kräfte in der Türkei und in Kurdistan nicht alleine lassen.

Was ist „Demokratischer Konföderalismus“?

JÖRG DETJEN, Köln

Die kleine Broschüre vom PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan „Demokratischer Konföderalismus“, die erstmals 2012 in deutscher Sprache erschien, ist ein ganz zentraler Beitrag für die Entwicklung der HDP und eine gemeinsame linke Politik in der Türkei.

Öcalan hat mit dieser Schrift die Fokussierung auf die kurdische Frage anders und neu aufgeworfen. Nur deshalb war es möglich, dass die Kurdische Volksverteidigungseinheiten (YPG) in Syrien zusammen mit den USA den IS besiegen konnten und in Rojava eine Art kommunale Selbstverwaltung aufbauen konnte. Das sind erste praktische Ergebnisse. Die Schrift selber ist aber noch weitreichender, weil sie jede Form von „Nationalstaaten“ und insbesondere einen kurdischen Nationalstaat kritisiert:

„Der Nationalstaat brauchte die Bourgeoisie und die Macht des Kapitals, um die auf Stammesstruktur und Erbrecht beruhende Feudalordnung und ihre Ideologie durch eine neue nationale Ideologie zu ersetzen ...“

Aus diesem Grunde ist für mich (Öcalan, j.d.) die Gründung eines kurdischen Nationalstaates keine Option ... Die Lösung der kurdischen Frage muss dabei in einem Ansatz zu finden sein, der die kapitalistische Moderne schwächt oder zurückdrängt ...

Darüber hinaus krankt der gesamte Mittlere Osten an einem Demokratiedefizit. Dank der geostrategischen Lage des kurdischen Siedlungsgebietes versprechen erfolgreiche kurdische demokratische Projekte, die Demokratisierung des Mittleren Ostens im Allgemeinen zu beschleunigen. Wir wollen dieses demokratische Projekt Demokratischen Konföderalismus nennen.“

Frieden und Demokratie muss im Mittelpunkt stehen und nicht die Errichtung eines Nationalstaates, sondern:

„Kommunalismus wäre eine Alternative zum Kapitalismus. Unter demokratischen Nationen, die nicht um Machtmonopole kämpfen, kann er in einer Region, die bisher nur das Feld blutiger Kriege und Völkermorde gewesen ist, den Frieden bringen.“

Öcalan schreibt auch, dass der Demokratische Konföderalismus eine Alternative für die Armenier sein könnte. Und weiter:

„In Bezug auf gesellschaftliche Zusammengehörigkeit haben Grenzen ihre frühere Bedeutung verloren. Ungeachtet geografischer Grenzen ermöglichen heute moderne Kommunikationsmittel eine virtuelle Einheit zwischen Individuen und Gemeinschaften, wo immer



3: Empfang am Kölner Flughafen

sie sich auch befinden.“

Der Vorsitzende der HPD Selahattin Demirtaş nimmt indirekt Bezug auf diese Thesen im Interview der Bildzeitung vom 30.12.:

„Und es sollte ein Modell der kommunalen Verwaltung ins Leben gerufen werden, damit sich die Bürger tatkräftig an der Verwaltung beteiligen können. Während all das verwirklicht wird, sollte dafür gesorgt werden, dass über Verhandlungen die PKK und Herr Öcalan an dem Prozess beteiligt werden, und dass das Gewaltproblem endgültig gelöst wird. Um das alles zu verwirklichen, sind eine enorme politische Willenskraft und eine wirksame Unterstützung der Öffentlichkeit notwendig.“

In den Gesprächen mit den Vertretern der HDP in Istanbul war ich überrascht über deren politische Bandbreite und innere Ruhe. Frieden und Demokratie und insbesondere die Solidarität mit den Akademikern für den Frieden begreifen sie als eine große Chance ein noch breiteres Bündnis in der Gesellschaft zu entwickeln. Dabei ist für die HDP sehr wichtig, sich nicht provozieren zu lassen. Ein Bürgerkrieg zu verhindern ist auch deren Ziel.

In Istanbul gibt es ein Bündnis für Demokratie, wo alle Kräfte die beim Verfassungsreferendum mit „Nein“ gestimmt haben vertreten sind. Eine unmittelbare Zusammenarbeit mit der ziemlich rechten sozialdemokratischen Partei CHP gibt es nicht.

Auf die Frage einer Zusammenarbeit von HDP und CHP antwortete Selahattin Demirtaş im Juli dieses Jahres klug und zielgerichtet:

„Die CHP und HDP haben gegenseitige Kritikpunkte. Aber in dieser Zeit muss die Kritik zurückgestellt werden ... Vor allem müssen wir konsequent sein und gemeinsam den Kampf um Demokratie stärken, ohne der Resignation einen Platz zu bieten.“ (Cumhuriyet, 12.9.2017, nach „Der neue Sultan“)

Die deutsche Linke sollte ihre Berührungsängste gegenüber der PKK zurückstellen und genau hinschauen, was gesagt und getan wird. Die deutsche Linke sollte sich für den gesamten, breiten Protest in der Türkei und Kurdistan interessieren und ihn unterstützen. Ich glaube, da ist die türkische Linke inzwischen weiter als wir denken. Auf jeden Fall sind die Akademiker für den Frieden eine breite, vielfältige, intellektuelle und selbstbewusste Bewegung.

Quelle: Abdullah Öcalan, Demokratischer Konföderalismus, Mesopotanien-Verlag, Neuss. Oder: www.freocalan.org/wp-content/uploads/2012/09/Abdullah-%C3%96calan-Demokratischer-Konf%C3%B6deralismus.pdf

DOK Kommunale Politik

ULLI JÄCKEL, Hamburg

THEMA: Solidarität mit Verfolgten aus der Türkei

Erdoğan braucht klare Ansage: Der Hamburger Europaabgeordnete Fabio De Masi (Die Linke) kommentierte am 24. August 2017 die kurzfristige Verhaftung des ehemaligen U21-Fußball Nationalspielers und FC St. Pauli Profis, Deniz Naki, wegen vermeintlicher Beleidigung des türkischen Präsidenten. De Masi war gemeinsam mit dem früheren Hamburger Bundestagsabgeordneten und Rechtsprofessor Norman Paech Beobachter bei Nakis Prozess wegen vermeintlicher Terrorpropaganda im April diesen Jahres: „Deniz zeigt Haltung und Mut auch jenseits des Fußballplatzes. Erdoğan etabliert ein Regime der Angst. Die Bundesregierung muss daher jetzt klare Kante in Richtung Ankara zeigen. Alle Optionen müssen auf den Tisch – einschließlich des Einfrierens aller Vorbeitrittshilfen. Die Verhandlungen über eine Zollunion der Türkei mit der EU sind einzustellen. Die Bundesregierung hat sich mit dem EU-Türkei-Deal, der Rüstungskooperation mit der Türkei und dem unwürdigen Fernbleiben der Kanzlerin bei der Armenien-Abstimmung des Bundestages in eine unerträgliche Abhängigkeit von Erdoğan gebracht. Erdoğan darf nicht länger Türrsteher der EU spielen und muss notfalls auch persönlich mit Sanktionen belegt werden.“ <http://www.die-linke-hamburg.de>

Nach mutmaßlichem Attentat auf Deniz Naki – Linksfraktion hinterfragt Einschätzung des Senates zu radikalen Erdogan-Anhängern:

BREMEN. Cindi Tuncel, Abgeordneter der Linksfraktion, hat heute eine umfangreiche Anfrage an den Senat gerichtet, um über die kriminellen Strukturen und die Gefährdungslage informiert zu werden: „Unter der Führung der AKP wird in Deutschland ein militantes Netzwerk von Rockern, organisierter Kriminalität, Rechtsradikalen, Islamisten, regimetreuen Geistlichen und Geheimdienst-Spitzeln aufgebaut. Abhörprotokolle des baden-württembergischen Landeskriminalamtes belegen, dass die Osmanen Germania im direkten Kontakt zum AKP-Abgeordneten Külünk aus Ankara stehen und gewalttätige Einschüchterungsaktionen geplant oder bereits Angriffe mit Handgranaten verübt haben. Der AKP-Abgeordnete soll seine Anhänger dabei zum Kauf von Kriegswaffen aufgefordert und entsprechendes Geld übergeben haben. Zu dieser Struktur gehört offensichtlich auch der Erdogan-

Wahlverein UETD, der in Bremen offen-siv agitiert. Obwohl sich dieser Verein oberflächlich gemäßigt gibt, unterhalten sie polizeibekannte Kontakte zu Gewalt-tätern und Geheimdienstmitarbeitern. Der AKP-Abgeordnete Külünk war 2016 auch in Bremen Ehrengast der UETD. Wenig später traten die Osmanen Germania in Bremen zum ersten Mal in Er-scheinung. Meiner Meinung nach darf ein radikaler Erdogan-Funktionär, der zum Kauf von Maschinengewehren in Deutschland anleitet, nie und nimmer unbehelligt hier auftreten.“ In Bremen forschte außerdem ein Spitzel des türkischen Geheimdienstes (MIT) in den vergangenen Jahren das persönliche Umfeld eines kurdischen Oppositionellen aus. Dem Spion werden Mordpläne vorgeworfen, die Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg verurteilte ihn letztlich wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit. Derselbe Geheim-dienst hat im Jahr 2013 in Paris drei kurdische Politiker*innen kaltblütig hinrichten lassen. Tuncel: „Wir erwarten deshalb von den Sicherheitsbehörden, dass gewalttätige Erdogan-Anhänger als politisch-motivierte Straftäter eingestuft und entsprechend behandelt werden. Militante Erdogan-Unterstützer sind nicht weniger gefährlich als andere gewalttätige Islamisten. Dass die Poli-zei Bremen erste Treffen der ‚Osmanen Germania‘ mit einem Großeinsatz unter-bunden hat, ist deshalb absolut richtig. Die Gefahr, die gerade auch in Bremen von Erdogans Netzwerk für Leib und Leben oppositioneller Türkeistämmiger und Kurd*innen ausgeht ist real. Alle demokratischen Parteien, sowie islamische Verbände und die Zivilgesellschaft müssen klare Kante gegen UETD und andere AKP-Vereinigungen zeigen. Wer Oppositionelle einschüchtert, Straftaten und Verbrechen begeht, von Deutsch-land aus die Einführung der Todesstrafe fordert und den Aufbau einer Diktatur handfest unterstützt, kann und darf kein Dialogpartner sein.“ <http://www.die-linke-bremen.de>

Prozess gegen türkischen Agenten in Hamburg:

Zum Beginn des Prozesses gegen den türkischen Staatsan-gehörigen Mehmet Fatih S. wegen geheimdienstlicher Agentenaktivität für den türkischen Geheimdienst vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesge-richts erklärte Cansu Özdemir, Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Ham-burgischen Bürgerschaft: „Wir hoffen, dass der Prozess deutlich macht, dass die Aktivitäten des türkischen Geheim-dienstes in Deutschland nicht geduldet werden.“ Es darf nicht weiter hingenom-men werden, dass türkische Agenten in

Deutschland Oppositionelle verfolgen, einschütern oder sogar deren Ermordung planen. Wir erwarten eine umfassende Aufklärung aller Tatvorwürfe. Der Fall Mehmet Fatih S. ist kein Einzelfall: Am 4. Juli informierten die Vorsitzenden der Fraktion Die Linke über die mit größter Wahrscheinlichkeit geheimdienstlichen Tätigkeiten eines weiteren türkischen Staatsbürgers in Hamburg. „Auch diesen Fall haben wir den Hamburger Sicherheitsbehörden gemeldet und mit Dokumenten belegt“, so Özdemir. „Doch bis heute befindet sich Mustafa K. auf freiem Fuß.“

<http://www.die-linke-hamburg.de>, 7.9. 2017

Die Zeit des Wegsehens und des Schweigens gegenüber Menschenrechtsverletzungen muss ein Ende haben! FRANKFURT.A.M. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2016, zum Tagesordnungspunkt 9.2: Solidaritätserklärung mit den Abgeordneten der HDP, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den Journalistinnen und Journalisten in der Türkei, sagte die Stadtverordnete Merve Ayyildiz, Linke. Schön und gut, dass die Koalition auf unsere Resolution mit einer eigenen reagiert hat, um einen Vorwand für eine Ablehnung zu haben. Schön und gut, dass Sie selbst die FDP mitnehmen können. Nichtsdestotrotz bleibt Ihre Resolution unklar. Wer ist denn Ihrer unendlichen Weisheit nach unrechtmäßig und wer unrechtmäßig verhaftet worden? Wie immer sind Ihre Resolutionen unangekündigt, werden erst kurz vor der Plenarsitzung eingereicht und bleiben diffus formuliert. Dennoch, nicht bloß die Delegationsreise und die Städtepartnerschaft mit Eskişehir sollten der Bezug Frankfurts zur Türkei sein, um auf Solidaritätsbekundung rückzuschließen, sondern vor allem die Tatsache, dass viele Frankfurterinnen und Frankfurter türkische oder kurdische Wurzeln haben und die anhaltende Verhaftungswelle ein weiterer Schlag gegen die demokratischen Kräfte in der Türkei ist. (...) Was derzeit in dem Land geschieht, ist ein Ausöhlnungsprozess der dort noch fälschlicherweise als Demokratie bezeichneten Strukturen. Nach dem sechsständigen Putschversuch des Militärs wurde nun ein passender Vorwand gefunden, um unter dem Tarnmantel eines Ausnahmezustandes, der kontinuierlich verlängert wird, Erdogans Präsidialdiktatur zu forcieren. Vor diesem Hintergrund sägt er weiter an den Säulen der Demokratie und baut sein autoritäres Regime weiter aus. Die Türkei ist fern jeder Rechtsstaatlichkeit. Tagtäglich steigt die Anzahl der Repressionen, Kommunen werden unter Zwangsverwaltung gestellt. Heute ka-

men gleich vier weitere dazu, sodass die Gesamtzahl auf 30 Gemeinden gestiegen ist. Akademikerinnen und Akademiker, Beamte aus etlichen Bereichen werden zu Zehntausenden suspendiert und sind ebenfalls der Strafverfolgung ausgesetzt. (...) Daher ist es notwendig, dass sich demokratische Kräfte aus alter Welt solidarisch mit denen in der Türkei erklären, um ein klares Zeichen im Namen der Menschenrechte zu setzen. (...) Gleichwohl gilt es, die Waffengeschäfte mit der Türkei einzustellen und sich nicht eine goldene deutsche Nase am Aufbau der türkischen Diktatur zu verdienen. Nicht bloß auf Bundesebene, nicht bloß auf Landesebene, sondern gerade als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sollten wir unserer Verantwortung gerecht werden und den demokratischen Kräften in der Türkei unsere Solidarität aussprechen. Ob es der Schriftsteller, die Journalistin, die Lehrerin, der Beamte, die Vorsitzenden der HDP, die demonstrierenden Jugendlichen oder protestierende Gewerkschaf-ten sind, sie sind nicht allein. Wir werden dieser verheerenden Entwicklung in der Türkei nicht tatenlos zusehen. Can Dündar, der Chefredakteur der ältesten türkischen Zeitung Cumhuriyet, wurde wegen des Berichtens über die Waffenlieferung zwischen Ankara und dem IS verhaftet. Um den Kern unserer Verantwortung in seinen Worten zu nennen: „Besorgt sein hilft uns nicht.“

<http://www.dielinke-im-roemer.de>

Angriffe und Einschüchterungsversuche gegen türkischstämmige Linke: KASSEL. Die Kasseler Linke verurteilt den Angriff auf den stellvertretenden Ortsvorsteher in Nord-Holland, Ali Timtik, am vergangenen Samstag. Herr Timtik wurde verbal und körperlich äußerst aggressiv bedroht. Nach der Kundgebung der Linken mit Katja Kipping am vergangenen Samstag, wurde der stellvertretende Ortsvorsteher in Nord-Holland Ali Timtik von türkischen Passanten mit nationalistischer und islamistischer Gesinnung angegriffen. Der Anlass des Angriffs war die Nähe Timtiks zur Erdogan-kritischen Partei HDP, der Schwesterpartei der Linken in der Türkei. Die Täter beschimpften den linken Kommunalpolitiker als „PKK-Terroristen“ und „linken Vaterlandsverräter“. Als sie handgreiflich werden wollten, ging ein Passant dazwischen. Dieser wurde daraufhin ebenfalls bedroht. „Diese Aktion zeigt wieder wie gefährlich dieses politische Lager der Islamisten und türkischen Nationalisten in Kassel ist. Mit bedrohlichen Sätzen wie: „Wir wissen wer Du bist und was deine Ziele sind!“ zeigen sie, dass nicht nur Einzelpersonen

hinter diesen Drohungen stecken, so Ali Timtik. „Daran zeigt sich einmal mehr, wie gefährlich es ist die türkischen Rechten im Kampf um Wählerstimmen zu hofieren, wie Herr Hilgen und Herr Ge-selle dies im Vorfeld der letzten Wahl-en getan haben, und ihnen damit das Gefühl zu geben ihre nationalistische Politik sei akzeptierter Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens“, kritisierte der Fraktionsvorsitzende der Kasseler Linken, Lutz Getzschmann. Einschüchterungsversuche, verbale und körperliche Attacken gegen säkulare, progressive und linke politische Aktivisten mit türkischem Migrationshintergrund hätten in der letzten Zeit auch in Kassel zu-genommen. Diesen reaktionären nationalistischen und islamistischen Kreisen müsse klar signalisiert werden, dass ihre Versuche, gegen oppositionelle und kriti-sche Stimmen vorzugehen, nicht toleriert werden, so Getzschmann weiter. Sowohl Ali Timtik als auch der zu seiner Hilfe gekommene Passant erstatteten Anzeige bei der Polizei.

<https://kasseler-linke.de/>

AKP-Veranstaltung in Bremerhaven abgesagt: Die sog. UETD (Union Europäisch-Türkischer Demokraten), eine Vorfeldorganisation der türkischen Regierungspartei AKP, hat die Abgeordnete Sama Kirci aus Ankara für eine Veranstaltung nach Bremerhaven eingeladen. Die UETD lädt regelmäßig AKP-Abgeordnete ein, in Bremen u.a. am 3. Oktober und 20. November 2016. Die UETD ist eine straff organisierte Vereinigung, die offensichtlich über Fi-nanzmittel und Kontakte zu Politik und Wirtschaft verfügt. Sie bezeichnet sich im Wahlkampf für die Präsidialdiktatur Erdogans selbst als „AKP Bremen“. Cindi Tuncel, friedenspolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfaktion Die Linke, kom-mentiert: „Die UETD wurde auch von einigen deutschen Politikern lange ge-nug hofiert. Gerade in Bremen brauchen wir endlich eine klare Haltung zur AKP/UETD. Dazu gehört der überparteiliche Konsens, keinerlei Beeinflussung demo-kratischer Parteien durch die AKP/UETD zu-zulassen. Regelmäßige Auftritte von Bürgerschaftsabgeordneten als Ehren-gäste bei der AKP/UETD sind indiskutabel, Wahlkampfhilfe durch die AKP/UETD ebenso. Ich werbe dafür, dass die Bürgerschaft ein klares und gemeinsa-mes Bekenntnis abgibt zum ‚Hayir! – Nein zur Präsidialdiktatur‘: Wenn der Parlamentarismus in der Türkei kurz vor der vollständigen Abschaffung steht, ist ein entsprechend klares Signal der Bürgerschaft nicht zu viel verlangt.“ Die UETD muss ferner auf Verbindungen zum türkischen Geheimdienst und den

Attachées in den türkischen Konsulaten geprüft werden – gleiches gilt für Verbindungen zum Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) und den angeschlossenen Moscheen und Dachverbänden. Diyanet entsendet Imame nach Deutschland, gegen die die Bundesanwaltschaft wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit ermittelt. Das für Spionageabwehr zuständige Bundesamt für Verfassungsschutz geht von bis zu 6000 haupt- und ehrenamtlichen Spitzeln des türkischen Geheimdienstes MIT in Deutschland aus. Diese sind auch in Bremen aktiv, wie an der Verhaftung eines MIT-Agenten wegen Mordversuchs an einem kurdischen Politiker deutlich wurde. Die Nachricht sorgte bundesweit für Schlagzeilen. Tuncel: „Hasspredigten der AKP/UETD für Diktatur und Todesstrafe sind hier vollkommen fehl am Platz – erst recht, solange die komplette Parteiführung und tausende Politiker*innen der HDP in der Türkei aus Prinzip inhaftiert sind. Wenn der Journalist Deniz Yücel und tausende weitere als politische Gefangene in Isolationshaft gehalten werden, braucht es hier eine erkennbar pro-demokratische Haltung: In diesem Sinne fordere ich die Absage der Veranstaltung in Bremerhaven als notwendige Ad-hoc-Maßnahme...“ <http://www.dielinke-bremerhaven.de>, 17.3.2017

Die Linke sagt Generalkonsul ab: ESSEN. Auch Die Linke Essen wird nicht am Empfang der türkischen Botschaft anlässlich des Nationalfeiertages am 30. Oktober teilnehmen. Denn angesichts der aktuellen Entwicklungen steht der 94. Jahrestag der türkischen Republik unter einem schlechten Stern. „Unter Präsident Erdogan entwickelt sich die Türkei immer mehr zu einer Präsidialdiktatur in der bürgerlichen Grundrechte außer Kraft gesetzt werden“, so Sonja Neuhaus, Sprecherin des Kreisverbandes Die Linke. „Die Meinungs- und Pressefreiheit wird abgeschafft, willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung, die Opposition wird unterdrückt und in den kurdischen Gebieten werden ganze Ortschaften blutig dem Erdboden gleichgemacht.“ Die Linke fordert deshalb einen Kurswechsel der neuen Bundesregierung in ihrer Türkeipolitik. Waffenlieferungen an Erdogan müssen gestoppt, deutsche Soldaten aus der Türkei abgezogen und EU-Hilfszahlungen eingefroren werden.

„Wir begrüßen es, dass der Leiter der Alten Synagoge, Uri Kaufmann die Debatte um den Boykott des Empfanges angestoßen hat, dem sich auch weitere Personen des öffentlichen Lebens geschlossen haben“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Es ist unerträglich, dass neben den anderen übeln Entwicklungen in der Türkei, jetzt

auch noch die jüdische Gemeinde dort unter Druck gerät. Wir erteilen allen antisemitischen Tendenzen und der Einschränkung der Religionsfreiheit eine klare Absage. Das Recht auf freie Religionsausübung muss in allen Ländern für alle Religionen gewährleistet werden.“ <https://www.linksfraktion-essen.de>, 13.10. 2017

Solidarität mit Gökay Akbulut, Beobachtung sofort beenden! MANNHEIM. Der Kreisverband Mannheim fordert den Verfassungsschutz auf, die Beobachtung von Gökay Akbulut, MdB aus Mannheim, unverzüglich zu beenden und erklärt seine uneingeschränkte Solidarität mit Gökay! In einem Artikel im Wochenmagazin Focus wurde berichtet, dass unsere Bundestagsabgeordnete für Die Linke aus Mannheim seit einigen Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Der Kreisvorstand der Partei Die Linke. Mannheim weist die vom Verfassungsschutz erhobenen Vorwürfe entschieden zurück und fordert den Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst auf, die Beobachtung sofort einzustellen und sämtliche über sie gesammelten Daten, z.B. im Geheimdienstsystem NADIS, ihr umgehend zur Verfügung zu stellen und sie anschließend zu vernichten. Nicht nur sind die im Artikel geäußerten Vorwürfe unwahr, sondern sie kriminalisieren eine seit vielen Jahren engagierte Bürgerin, Stadträtin und Abgeordnete für Die Linke.

Gökay Akbulut hat im Jahr 2012 das im Artikel angesprochenen kurdische Kulturfest nicht organisiert und verantwortet, sondern sie war dort als Dolmetscherin für Selahattin Demirtas, den mittlerweile inhaftierten Co-Vorsitzenden der kurdischen Partei HDP und sie war als Vermittlerin zwischen der Stadt Mannheim und den Veranstaltern auf dem Kulturfest zuständig. Sie hat bei Ausschreitungen im Zuge des Kulturfestes versucht, die angespannte Situation zu beruhigen. Sie hat im Nachgang mehrfach Ausschreitungen während der Veranstaltung bedauert und gleichzeitig – zu Recht – die Vorgehensweise der Polizeikräfte in Bezug auf das Fahnenverbot von kurdischen Organisationen kritisiert. Gökay Akbulut wird aufgrund Ihres Engagements für die Kurddinnen und Kurden von türkischen Nationalisten und Geheimdiensten seit Jahren bedroht und kriminalisiert.

Die Äußerung des Mannheimer Polizeidirektors Dieter Schäfer, Gökay stehe „nicht auf dem Boden unserer Verfassung“ weisen wir entschieden zurück und fordern Herrn Schäfer auf, diese Äußerung zurück zu nehmen und sich bei Gökay Akbulut zu entschuldigen. <http://www.dielinke-ma.de>

DOK: Blick in die Presse

ROSEMARIE STEFFENS, Langen, Hessen

Arbeitgeber halten Anspruch auf Teilzeitarbeit für unzulässig. Mi., 10.1.18, NDR Info. Die IG Metall fordert u.a., dass die Wochenarbeitszeit bis zu zwei Jahre lang auf 28 Stunden gesenkt werden kann. Schichtarbeiter, Eltern junger Kinder und Beschäftigte, die Angehörige pflegen, sollen demnach eine Ausgleichszahlung erhalten, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren. Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nordmetall, N. Fickinger, bezeichnete diese Forderung als rechtswidrig: „Sie diskriminiert zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen.“ So hätten jetzt schon Teilzeit Arbeitende dann keinen Anspruch auf einen Lohnzuschlag. Diese Diskriminierung sei aber verboten. „Deswegen wäre ein Tarifvertrag, der das zum Inhalt hat, ein Tarifvertrag, den wir gar nicht abschließen dürften.“ Fickinger befürchtet nach eigenen Angaben Probleme für manche Betriebe, wenn Angestellte ihre Arbeitszeit senken. Wenn ein Mitarbeiter für zwei Jahre seine Arbeitszeit von 35 auf 28 Stunden verringern würde, dann brauche der Betrieb eine Teilzeitkraft, die befristet für zwei Jahre wöchentlich sieben Stunden arbeite. „Wo soll ich die denn in Zeiten des Fachkräftemangels hernehmen?“, fragte Fickinger. Der Arbeitgebervertreter bestätigte auf NDR Info, dass die Arbeitgeber derzeit ein juristisches Vorgehen gegen die IG-Metall-Forderung prüfen lassen.

IG Metall in der Region Offenbach setzt befristete Arbeitsniederlegungen fort.

Am 10.1.18 legten 300 Beschäftigte des Druckmaschinenherstellers manroland sheetfed, 80 Beschäftigte des Automobilzulieferers Feintool System Parts die Arbeit für eine Stunde nieder. J. Kerner, gf. Vorstandsmitglied der IG Metall sagte vor den „Roländern“: „Wir fordern 6 Prozent mehr Geld. Die Metall- und Elektroindustrie brummt – und zwar seit Jahren.“ Der BR-Vorsitzende von Feintool: „Die Beschäftigten arbeiten flexibel in 3 Schichten – auch an Samstagen – und halten die Knochen hin, sie haben einen fairen Anteil verdient!“ Bezugnehmend auf die Arbeitszeitforderungen äußerte er, dass die IG Metall schon immer mit Tarifverträgen neue Standards gesetzt habe, die dann nach und nach auf alle ausgedehnt wurden und sind heute feste Bestandteile unseres Sozialstaats seien. „Dies gilt zum Beispiel für den bezahlten Urlaub oder der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die wir in der Metallindustrie in Schleswig-Holstein in 16 Wochen Streik 1956 erkämpfen mussten.“



Studie zur Gewaltkriminalität von Flüchtlingen. Der Gewaltforscher Christian Pfeiffer, ehem. Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, kommt zur gestiegenen Gewaltkriminalität durch Flüchtlinge zu folgendem Ergebnis: Die Wahrscheinlichkeit, dass Flüchtlinge für Gewalttaten angezeigt werden, sei etwa doppelt so hoch wie bei Menschen aus demselben kulturellen und ethnischen Kreis. Sie beruhe auf der erhöhten Sichtbarkeit der Kriminalität von Flüchtlingen. Kriegsflüchtlinge begingen weniger Straftaten. Körperverletzungen und Tötungsdelikte spielten sich primär innerhalb der Szene ab und hingen mit schlechten Wohnbedingungen (z.B. in Turnhallen) zusammen. Perspektivlosigkeit wegen Zurückweisung (nordafrikanische Geflüchtete) sorgten für Gewalt. Je höher der Frauenanteil desto geringer sei die Gewalt der Männer. Familiennachzug sei kriminologisch betrachtet durchaus ein Weg zur Prävention von Gewalt. Zur Macho-Kultur der Gesellschaften, aus denen die Geflüchteten kommen: „1998 hatten wir in Hannover 41 % türkischstämmige Jugendliche, die kernige Machos waren. 2013 sind es nur noch 10 %. Die Gewaltrate geht von 31 auf 13 % zurück – durch eine Bildungsoffensive.“ FAZ, 4.1.2018.

IG Metall im Warnstreik – Wie geht es weiter?

Am 10. Januar haben sich im Tarifkonflikt in der Metall- und Elektroindustrie bundesweit knapp 75 000 Beschäftigte aus über 350 Betrieben an Warnstreiks beteiligt.

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN. „Seit Ende der Friedenspflicht sind insgesamt rund 160 000 Metallerinnen und Metaller auf die Straße gegangen, um ihrer Tarifforderung Nachdruck zu verleihen und gegen das unzureichende Angebot der Arbeitgeber zu protestieren ... Mit der IG Metall wird es einen Tarifabschluss nur mit allen drei Komponenten geben: Eine ordentliche Entgelt erhöhung. Eine Wahloption, die Arbeitszeit befristet zu reduzieren. Und Zuschüsse, die die Arbeitszeitreduzierung bei Kindererziehung, in Pflegesituationen und für die Gesundheit auch für alle möglich machen. (www.igm.de).“ In Baden-Württemberg

wurde am 11. Januar zwischen beiden Tarifparteien nun erstmals vereinbart, eine Expertengruppe beider Seiten einzusetzen, die bis zum 24. Januar versuchen soll, eine Lösung des Arbeitszeitkonflikts zu erarbeiten. Parallel dazu gehen in allen Tarifgebieten die Warnstreiks weiter. Am 25. Januar beraten bundesweit alle regionalen Tarifkommissionen über das bis dahin vorliegende Angebot der Arbeitgeber. Einen Tag später berät dann der Vorstand der IG Metall über das weitere Vorgehen – Eskalation über 24-Stunden-Streiks bis hin zum Flächenstreik oder Verhandlungen in einem Pilotgebiet.

2017: Steigerung der Tariflöhne um nominal 2,4 Prozent – real bleibt ein Plus von 0,6 Prozent

DOK: THJ. Die Tariflöhne und -gehälter haben im Jahr 2017 nominal im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 2,4 Prozent zugelegt. Nach Abzug des Verbraucherpreisanstiegs von 1,8 Prozent ergibt sich daraus ein realer Zuwachs der Tarifvergütungen um 0,6 Prozent ...

„Da die Inflationsrate wieder spürbar höher ist, fällt der Reallohnzuwachs 2017 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich geringer aus“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Prof. Dr. Thorsten Schulten. „In den Jahren 2014 bis 2016 stiegen die Tariflöhne wegen der sehr geringen Preissteigerung real zwischen 1,9 und 2,4 Prozent und haben damit einen wesentlichen Beitrag für den ökonomischen Aufschwung in Deutschland gelegt. Der von den Lohnerhöhungen ausgehende Impuls für die Binnennachfrage hat sich 2017 weiter fortgesetzt. Und auch in diesem Jahr sind spürbare Reallohnzuwächse wichtige Faktoren für eine stabile, balancierte Wirtschaftsentwicklung“, so Schulten ...

Zwischen den verschiedenen Branchen zeigen sich deutliche Unterschiede. Am höchsten fällt 2017 die jahresbezogene Tarifsteigerung mit nominal 3,1 Prozent in der Textil- und Bekleidungsindustrie

aus, gefolgt vom Metallhandwerk mit 3,0 Prozent. Etwas oberhalb des Durchschnitts liegen die Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst und dem Hotel- und Gaststättengewerbe mit jeweils 2,7 Prozent, der chemischen Industrie mit 2,6 Prozent sowie der Metallindustrie und dem privaten Verkehrsgewerbe mit jeweils 2,5 Prozent. Genau den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 2,4 Prozent erreichen das Bauhauptgewerbe, die Gebäudereinigung und die Deutsche Bahn AG. Auch die verschiedenen Tarifbranchen des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes kommen im Durchschnitt auf einen Lohnzuwachs von 2,4 Prozent. Um 2,2 Prozent steigen die Tariflöhne bei der Deutschen Telekom AG.

Im Versicherungsgewerbe beträgt die kalenderjährige Tariferhöhung 1,9 Prozent, im Einzelhandel 1,8 Prozent, in der Druckindustrie 1,7 Prozent und in der Eisen- und Stahlindustrie 1,6 Prozent. Die Holz- und Kunststoff verarbeitende Industrie, der Großhandel, die Deutsche Post AG sowie das Bankgewerbe verzeichnen für 2017 Tariferhöhungen zwischen 1,5 und 1,1 Prozent ...

<https://www.boeckler.de/index.htm>

Fußballvereine ringen mit rechter Hetze.

Der Umgang mit rechten Parolen ist für Fußball-Bundesligisten zum Alltag geworden. Peter Fischer, Präsident der Eintracht Frankfurt, erklärt in der FAZ: „Es verträgt sich nicht mit unserer Satzung, AfD zu wählen. Es kann niemand bei uns Mitglied sein, der diese Partei wählt, in der es rassistische und Menschen verachtende Tendenzen gibt.“ Dirk Mesch, Sprecher von Bayer Leverkusen: „Natürlich screenen wir derartige Dinge in den sozialen Medien. Müll-Posts werden entfernt. Für fremdenfeindliche, rassistische, homophobe oder andere Posts dieser Art ist bei Bayer 04 kein Platz.“ Auch beim 1. FC Köln wird besonders auf Inhalte geschaut. Ähnlich ist es bei Borussia Mönchengladbach. Im Leitbild des FC Schalke 04 steht: „Von uns Schalkern geht keine Diskriminierung oder Gewalt aus.“ RB Leipzig nimmt wie andere Clubs an Projekten wie „Zeig Rassismus die Rote Karte“ und „Nie wieder!“ teil. Die AfD macht sich im Bundestag für die Aufhebung des Gesetzes gegen Hass und Hetze im Internet stark. Langener Zeitung, 4.1.18.

„Querfront“ – Eine notwendige Abgrenzung der Linken

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Mitte Dezember versammelte sich ein kleines Häufchen Demonstranten vor dem Karl-Liebknecht-Haus, der Parteizentrale der Linken, in Berlin. Thema: Solidarität mit Ken Jebsen, gegen „Zensur“. Parole auf einem der Transparente, via Facebook verbreitet: „Mielke, Merkel, Lederer – 70 Jahre SED sind genug!“ Unter den Demonstranten: Dieter Dehm, Bundestagsabgeordneter der Linken. Ein Redner: Wolfgang Gehrcke, langjähriger außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Linken, inzwischen nicht mehr im Bundestag. Zu einer Gegenkundgebung hatten u.a. die „Emanzipatorische Linke“ aufgerufen, die Grüne Jugend (Berlin und Bund), die Linksjugend (Solid) und das Forum Demokratischer Sozialismus Berlin.

Was war geschehen? Wochen vorher war bekannt geworden, dass Blogger der „Neue Rheinische Zeitung online“ und andere Ken Jebsen, einem früheren RBB-Moderator, der auf YouTube wilde Verschwörungstheorien verbreitet, im Berliner Kino Babylon einen „Karlspreis“ verleihen wolle. Das Kino wird vom Berliner Senat gefördert. Der linke Kultursektor von Berlin, Klaus Lederer, äußerte darauf am 14. November auf Facebook sein Unbehagen über die Veranstaltung: „Wie ich heute erfahren habe, soll im Dezember im Kino Babylon die Verleihung eines Preises für „engagierte Literatur und Publizistik“ an Ken Jebsen stattfinden. Der Preisträger und mehrere an dieser Veranstaltung Beteiligte sind in der Vergangenheit durch offenen, abgründigen Israelhass, die Verbreitung typisch antisemitischer Denkmuster und kruder Verschwörungstheorien in Erscheinung getreten. So die Band „Die Bandbreite“, die mit ihren vor Rechtsesoterik triefenden Texten bis tief in rechtsradikale Milieus wirkt, dort auch aufgetreten ist und sich des Beifalls von NPD bis Jürgen Elsässer versichern konnte. Ich bin entsetzt, dass ein Kulturort in Berlin diesem Jahrmarkt der Verschwörungsgläubigen und Aluhüte eine Bühne bietet. Vom Geschäftsführer des Kinos Babylon würde ich mir angesichts dessen die Courage

Klare Kante gegen Querfront

Beschluss des Parteivorstandes vom 3. Dezember 2017

3. Dezember 2017
Beschluss 2017/152

Anlässlich der Ankündigung einer Kundgebung am 14. Dezember 2017 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz vor der Partezentrale der LINKEN, die sich gegen den LINKEN Berliner Kultursektor Klaus Lederer richtet, fasst der Parteivorstand der LINKEN folgenden Beschluss:

Der Parteivorstand bekraftigt sinngemäß seinen Beschluss 2014/215 vom 25./26. Mai 2014: „DIE LINKE distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten, die [...] rechtspopulistische Welterklärungsmuster und ‘Querfront’-Strategien salonfähig [...] machen (wollen). [...] DIE LINKE wird mit diesen Kräften ganz grundsätzlich nicht zusammenarbeiten.“

Der Parteivorstand erklärt sich solidarisch mit allen Linken, die Querfrontbestrebungen kritisieren und dafür angegriffen werden, darunter dem LINKEN Kultursektor Klaus Lederer und seinem Recht, sich kritisch zur sogenannten Preisverleihung an Ken Jebsen im Berliner Kino Babylon zu äußern.

Der Parteivorstand erwartet, dass Mitglieder der LINKEN diese Kundgebung nicht unterstützen und sich daran nicht beteiligen.

wünschen, zu sagen: Als Plattform für diesen Wahnsinn stehen wir nicht zur Verfügung.“ Der Geschäftsführer des Kinos versuchte darauf, den Veranstaltern den Vertrag zu kündigen, scheiterte aber vor Gericht.

Ein veritable Shitstorm in den sozialen Medien war die Folge von Klaus Lederers Intervention. Dieter Dehm, Wolfgang Gehrcke und Christiane Leymann, Sprecherin der Frauen-Arbeitsgemeinschaft der Linken, empörten sich über „Zensur“. Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter der Linken, meinte gar an den Moskauer Schauprozess 1937 gegen Karl Radek erinnern zu müssen, für den der „Querfront“-Vorwurf das Todesurteil bedeutet habe (was laut Wikipedia nicht ganz korrekt ist, aber das nur am Rande). Am 3. Dezember bekraftigte der Parteivorstand der Linken darauf einen Beschluss gegen die Querfront vom 25./26. Mai 2014 und ergänzte: „Die Linke wird mit diesen Kräften grundsätzlich nicht zusammenarbeiten.“ Gleichzeitig solidarisierte sich der PV mit Klaus Lederer. Er erwarte, „dass Mitglieder der Linken diese Kundgebung nicht unterstützen und sich daran nicht beteiligen.“ „Der Beschluss erging mit 18-Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen. Zweitens richtete sich der Beschluss – soweit er die ‚Querfront-Strategen‘ betraf – gegen etwas, von dem die Linken-Ikone Oskar Lafontaine behauptet, es handele sich um eine Phantasmagorie, um eine Fiktion, um eine ‚Erfindung‘ von Geheimdiensten (CIA? Mossad?)“, berichtete etwas boshhaft, aber leider zutreffend die Berliner

Zeitung in einer Kritik an Dieter Dehm & Co. (12.12.2017)

Schon einmal hatte sich die Linke mit Ken Jebsen und seinen Fans befasst.

Bei den umstrittenen „Mahnwachen für den Frieden“ im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine war Ken Jebsen (der Name ist Pseudonym) 2014 und 2015 neben dem Rechtspopulisten Jürgen Elsässer und dem Zinskritiker Andreas Popp als einer der Hauptredner aufgetreten, Dieter Dehm hatte Gesangsdarbietungen geboten. Wegen der dort beobachteten antiamerikanischen, antisemitischen, rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Tendenzen hatte sich die Linke darauf in dem schon genannten Parteivorstandsbeschluss von Mai 2014 von den „Mahnwachen“ abgegrenzt. In dem Beschluss hieß es: „Die Linke distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten, die die Sorge vor Krieg und Eskalation zum Anlass nehmen, ... Querfront-Strategien salonfähig zu machen.“ Bis Mai 2015 trennte sich auch die Friedensbewegung von den Mahnwachen. Einige Nachfolgeinitiativen treten seit 2015 unter Namen wie „Patriotische Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes“ („Pegada“) oder „Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas“ („EnDgAmE“) auf. Dazu gehören Leute wie Klaus Hartmann vom Deutschen Freidenkerverband und Leute der Kölner Arbeiterfotografie. Letztere gehörten nun zum Kreis der „Preisverleihung“ für Ken Jebsen.

Was nun? Halina Wawzyniak, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken, schlägt in der „Zeit“ vom 6. Dezember 2017 vor: „Die Partei muss das Problem mit der Querfront demokratisch lösen, nicht administrativ. ... Letztlich müssen die Mitglieder entscheiden. Sie können Personen, die der Querfront nahestehen, entweder weiterhin in Ämter und Mandate heben – oder ihnen eine klare Absage erteilen. Im Juni 2018 wird ein neuer Parteivorstand gewählt. Es wird ein Glaubwürdigkeitstest.“ Dem stimmt der Verfasser zu.



**Klaus Lederer:
Unduldsam, beherzt, gerecht.
DIE LINKE.**

Europäische Janusz Korczak Akademie e.V. (EJKA e.V.)

ELISABETH FRIEDRICH, AUGSBURG

Die Europäische Janusz Korczak Akademie e.V. hat das Jahr 2018 unter das Motto „Pioniergeist“ gestellt in Erinnerung an den 70sten Jahrestag der Gründung des Staates Israel. Sie bezieht sich auf den aus einer jüdischen Familie stammenden polnischen Arzt und Reformpädagogen Janusz Korczak (eigentlich Henryk Goldszmit). Er engagierte sich früh für Kinderrechte und entwickelte pädagogische Konzepte, die er seit 1912 in Waisenhäusern in Warschau einsetzen konnte. 1940 wurden die Kinder aus den jüdischen Waisenhäusern in das Warschauer Ghetto gezwungen. 1942 begleitete Janusz Korczak Kinder auf einem Kindertransport der Nazis ins Vernichtungslager Treblinka, obwohl er sich hätte retten können. Sein genaues Todesdatum ist unbekannt. Korczaks Tagebuchaufzeichnungen enden mit dem 5. August 1942. Er hinterlässt ein umfangreiches literarisches Werk.

Die Janusz-Korczak-Akademie sieht sich den humanistischen Erbe von Janusz Korczak-Akademie verpflichtet. Auf ihrer Homepage stellt sie sich vor, hier einige Auszüge:

„Die Europäische Janusz Korczak Akademie ist eine jüdische Gründung aus dem Jahr 2009, die der breiten Gesellschaft offen steht. Ihr Ziel ist es, durch Vermittlung von Wissen die jüdische Gemeinschaft zu stärken, sie zu öffnen und Berührungsängste in jeder Richtung abzubauen. ... Gerade unsere interkulturelle und interreligiöse Ausrichtung öffnet unsere Angebote darüber hinaus für ein breites Publikum und sorgt so für rege Teilnahme auch jenseits der jüdischen Zielgruppen ... Zu den zentralen Bereichen unserer Tätigkeit gehören:

- Jüdisches Leben in Deutschland – historische Perspektive(n) bis zur Gegenwart
- Historisch-politische Bildung: Schwerpunkt auf der Erinnerungsarbeit an den Holocaust
- Demokratische Bildung – Kampf gegen Antisemitismus, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit
- Israel im Kontext der deutsch-israelischen Beziehungen
- Medienbildung und Medienkompetenz
- Janusz-Korczak-Pädagogik der Kinderrechte
- Unterstützung von Bildungs- und Sozialinitiativen zur Förderung der jüdischen Gemeinschaft
- Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Bereichen interkulturelle und demokratische Bildung.

Die Akademie verfügt über drei Bildungszentren, sog. Janusz-Korczak-Häuser, in München, Berlin und Duisburg.

Unser Selbstverständnis beruht auf dem Bildungsideal, zur Selbstverantwortung und Selbstbestimmung des Menschen sowie zu einem tieferen gesellschaftlichen und politisch-historischen Verständnis beizutragen und Vorurteile abzubauen. Im Besonderen stehen wir in der klassischen jüdischen Bildungs- und Lehrtradition, die sich durch einen intensiven Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden mit der Ermutigung kritischer Nachfragen sowie eine enge Textbindung auszeichnet.

In wöchentlichen Beiträgen werden seit dem Herbst 2017 auf Facebook Reformpädagogen aus der jüdischen Tradition vorgestellt, angefangen mit Janusz Korczak selbst, hier zwei Ausschnitte:

...Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts wehte ein laues Lüftchen über Europa. Hier und dort bauten kluge Menschen mit reformpädagogischen Ideen an Gegenmodellen zur „schwarzen Pädagogik“. Sie sollte stürzen, weil es nicht richtig sein konnte, Kinder der Herrschaftsgewalt von erziehenden Erwachsenen in brutalster Weise auszusetzen. Die Männer und Frauen, die sich da schützend vor die Kinder, deren Seelen, ihr körperliches wie geistiges Wohl stellten, brachten aus alten verkrusteten, steinharten Bahnen aus (pionnier, frz.: Wegbereiter, Bahnbrecher). Zu ihnen gehörte auch der jüdische Arzt, Schreiber und Pädagoge Janusz Korczak (1878/9 – 1942).

Janusz Korczak leitete in Warschau Waisenhäuser. In ihnen konnte er seine Gedanken, Ideen, Vorstellungen umsetzen und täglich überprüfen. Verglichen mit den anderen Pionieren seiner Zeit, schlug er – bei aller Überschneidung – einen eigenwilligen pädagogischen Weg ein. Als Ausdruck einer gesteigerten Form von Selbstbestimmung übertrug er dem Kind in dessen neu gewonnenen Freiräumen „große“ Verantwortung. Das Vertrauen in die Selbstfindungskräfte eines Kindes begriff er als auszutestendes Ideal. Janusz Korczak besaß eine wohl angeborenen Fähigkeit zu Perspektivwechseln („Fähigkeit zur methodischen, psychologischen Regression“, Erich Zwi Kurzweil). Angesichts eines Kindes konnte er zu eben diesem Kind werden. Unter dem Titel „Bobo“ veröffentlichte er 1913 eine Trilogie über die Kindesentwicklung. Sie beginnt mit der Geburt, bei deren Beschreibung Janusz Korczak Bobos Perspektive übernimmt: „Bobo fühlte einen empfindlichen Schmerz, er



EJKA

EUROPÄISCHE
JANUSZ KORCZAK
AKADEMIE e.V.

erlebte großes Entsetzen. Der Priester Schmerz vermählt das kleine Menschenwesen mit dem Leben.“ Dem Erwachsenen, der diesem ersten Geschehen eher ratlos gegenüber steht, rät er kurz und knapp: „Versuche möglichst wenig zu tun, weil du nichts weißt, weil du nichts verstehst.“

... Kurt Löwenstein – Pionier der demokratischen Pädagogik

... Wie auch Korczak war Kurt Löwenstein ein Pädagoge, der, obgleich jüdischer Herkunft, auf die gesamte Gesellschaft einwirken wollte. Seine Ideale von Kinderrechten, demokratischer Mitbestimmung, Völkerverständigung und Chancengleichheit für Menschen aller Herkunft sind heute so aktuell wie zur Zeit seines politischen Wirkens in der Weimarer Republik.

Kurt Löwenstein kam 1885 als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie im niedersächsischen Bleckede an der Elbe zur Welt. Nach dem Besuch einer jüdischen Freischule studierte er Theologie und Philosophie in Halberstadt. Im Anschluss zog es den tief in der jüdischen Tradition verwurzelten jungen Mann in die Reichshauptstadt Berlin, wo er am orthodoxen Esriel-Hildesheimer-Seminar ein Rabbinatsstudium aufnahm. Aus religiösen Zweifeln brach er dieses jedoch ab und widmete sich einem Studium der Philosophie und Pädagogik, welches er 1910 mit einer Promotion an der Friedrich-Wilhelm-Universität abschloss. Auch wenn sich der junge Löwenstein von der jüdischen Tradition entfernte und zeitlebens nicht zu ihr zurückkehren sollte, so blieb ein tiefes Gerechtigkeitsempfinden sein Antrieb zu einer säkularen Idee von Tikkun Olam, der „Reparatur der Welt“. Als bekennender Pazifist meldete Löwenstein sich 1914 zum Roten Kreuz, das ihn bis Kriegsende in Kriegslazaretten einsetzte, wo er Zeuge der blinden Zerstörungsexzesse des Krieges wurde und sich seine antinationalistische Haltung verfestigte.

In der Weimarer Republik engagierte sich Löwenstein in der SPD. Stets die Rechte der Kinder im Fokus, kämpfte er gegen die wilhelminische Pädagogik, welche auf Untertanenmentalität und

unmenschlichem Drill basierte. Als Neuköllner Bildungsstadtrat setzte er sich für ein Einheitsschulkonzept ohne Religionsunterricht ein, das Kindern aus allen sozialen Schichten und sämtlichen Konfessionen ein gemeinsames Lernen ermöglichen sollte und die Menschenrechte als unveräußerliches Gut vermittelte. Auch ein informelles Bildungsprogramm entwickelte Löwenstein, welches besonders Arbeiterkindern die Erfahrung von Selbstachtung und demokratischem Selbstbewusstsein vermittelten sollte. Sein unbeirrbares Engagement für die im Elend lebende Arbeiterklasse, seine strikte Ablehnung des immer virulenter werdenden Nationalismus und nicht zuletzt seine jüdische Herkunft ließen Löwenstein zum Feindbild in rechten Kreisen werden. Wo es den reaktionären Kräften in den 1920er Jahren noch darum ging, seine Initiativen zu torpedieren, befand er sich nach der Machtübernahme der Nazis weit oben auf den Todeslisten der SA. In der Nacht des 27. Februar 1933 überlebten Löwenstein, seine Frau und sein Sohn in ihrer Neuköllner Wohnung nur knapp einen Mordanschlag zweier SA-Männer. Die Familie flüchtete aus Berlin und ließ sich, nach einer Zwischenstation in Prag, in Paris nieder, das Löwenstein als „das Zentrum des Widerstands gegen Nazideutschland“ betrachtete. Im Exil half er beim Aufbau einer sozialdemokratischen, internationalen Kinder- und Erziehungsorganisation.

Am 8. Mai 1939, zwei Jahre nach der Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft, starb der Reformpädagoge im Pariser Exil. Sein Leitgedanke „Man muss Sittlichkeit vorleben, nicht lehren wollen, und es gibt nichts Anschaulicheres als das Leben selbst“ ist uns heute Inspiration für unsere informellen Bildungsprojekte, die ganz im Geiste einer demokratischen Erziehung zu gegenseitiger Anerkennung und Pluralität stehen.

Im Jahresprogramm 2018 werden getreu dem Motto „Pioniergeist“ in der Janusz Korczak-Akademie München Leben und Werk einiger wichtige Menschen jüdischer Herkunft vorgestellt, deren Denken, Wirken und Forschen auf die moderne Gesellschaft einschließlich deren Jüdischen Anteils in Deutschland und Europa einen großen Anteil hatten, darunter der Aufklärer Moses Mendelssohn, der Nobelpreisträger Paul Ehrlich und der Komponist Louis Lewandowski. Angesichts eines wachsenden Rassismus und Antisemitismus leistet die Akademie einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Verständnis und Dialog, insbesondere unter jungen Menschen, gleich welcher Herkunft und Religion.

Genaueres auf Facebook oder unter: www.ejka.org.

Der CSU-Parteitag: die Union vor den Sondierungsgesprächen

DR. HARALD PÄTZOLT, Berlin / MARTIN FOCHLER, München, Dezember. 2017

I. Die CSU hat auf ihrem Parteitag am 15./16. Dezember in Nürnberg die Führungsfrage neu geregelt und einen Generationenwechsel eingeleitet. Horst Seehofer ist im Amt als Parteivorsitzender bestätigt worden, Markus Söder ist der Nachfolger als Regierungschef. Zu stellvertretenden Parteivorsitzenden wurden erstmals drei Frauen, Melanie Huml (42), Dorothee Bär (39) und Angelika Niebler (45) sowie Kurt Gribl (43) und Manfred Weber (45) gewählt.

Man missversteht diese Lösung an der Spitze der Partei gründlich, wenn man sie, wie es medial gern getan wurde, auf einen schlichten Machtkampf zwischen zwei Alpha-Tieren reduziert. Die CSU war immer die Bayernpartei, seit den 60er-Jahren allein regierend, mit einer Unterbrechung 2008 bis 2013, als sie auf die Hilfe der FDP angewiesen war. Das politische System im Freistaat hatte sich entsprechend in Richtung einer Mehrheitsdemokratie entwickelt. Was eben auch bedeutete, dass politisch ausgehandelt wurde innerhalb der CSU, nicht zwischen den Parteien.

So hatten sich in Bayern in letzter Zeit jene Konfliktlinien, die in ganz Deutschland und darüber hinaus auch quer durch Europa erkennbar wurden, umschrieben mit Begriffspaaren wie: Modernisierungsgewinner und -verlierer, Kosmopolitiker und Kommunitaristen, Globalisierungsbefürworter und -skeptiker, in Spannungen zwischen verschiedenen Milieus und Regionen manifestiert, für die dann eben auch Seehofer und Söder standen. Seehofer, Katholik, hat eher christlich soziale Wurzeln, Söder ist eher zum protestantisch-nationalistischen Lager zuzurechnen. Auch wenn sich einfache Zuordnungen und entsprechende politische Ableitungen verbieten, so ist doch von unterschiedlichen Haltungen etwa zu Europa, zu Fragen der sogenannten Leitkultur usw. auszugehen. Man darf die kulturell-historischen Bezüge der jeweiligen Politiker aber auch nicht gering schätzen in einer Partei, die gern und ernsthaft von den „vier bayerischen Stämmen“ redet.

II. Die CSU hat sich mit ihrem Parteitag ebenso für die Sondierungen mit der SPD wie für die kommende Landtagswahl aufgestellt. Horst Seehofer wird als ausgewiesener Sozialpolitiker versuchen, mit der SPD in Berlin zurechtzukommen. Für Bayern hat man mit Markus Söder einem völkisch orientierten Mann das

Ruder in die Hand gegeben. Beide sind, das ist zu beachten, dabei auf Bewährung: Kann der Verhandler Seehofer die CSU in eine Regierungskoalition führen? Kann Söder Landtagswahlen gewinnen? Vom Erfolg des einen hängt der des andern ab. Sie sind aufeinander angewiesen wie bislang nie. Der Charakter einer Volkspartei in einer mehrheitsdemokratischen Gesellschaft wie der Bayerns prädestinierte deren politische Unternehmer immer für einen speziellen Realismus und Pragmatismus, wozu auch die Fähigkeit zum innerparteilichen Konsens gehörte, auch wenn das regelmäßig unter derber Folklore männlichen Fingerhakelns verborgen wurde.

III. Die CSU ist die letzte wirkliche Volkspartei in Deutschland. Sie ist immer noch in den verschiedenen Schichten, Generationen und Regionen tief genug verankert, um hinreichend Kenntnis von Problemen und Stimmungen zu haben. So sucht die CSU aus guten Gründen nach Rückbindung bei den christlichen Glaubengemeinschaften. Sie weiß, dass solidarische Bestrebungen tief verwurzelt sind und die Menschen so leicht nicht nach ethnischen und/oder staatsrechtlich-bürokratischen Kategorien Mitmenschen sortieren mögen. Andererseits fürchten viele die weltlich-kriegerischen Bedrohungen und sind daher bereit zu weitergehenden Ermächtigungen der Exekutive, was den Parteirechten in der CSU in die Hände spielt. Gerahmt werden die Erwägungen der Parteioberen dabei durch die beiden großen christlichen Kirchen in Bayern, die in Sachen Leitkultur und Menschenrechte schon eher links von der Partei stehen und deren Hirten die Funktionäre gelegentlich mit klaren Worten zur Sache Menschlichkeit bedenken.

IV. Nun ist ein Ergebnis des Parteitages, dass sich die Partei wohl nicht länger schicksalhaft an das Ziel der Erringung einer absoluten Mehrheit bei der kommenden Landtagswahl im Herbst 2018 bindet. Das scheint uns nur realistisch, haben doch Grüne einerseits, modern ökologisch ländliche und kosmopolitisch urbane Milieus bindend, sowie die AfD, dem sogenannten rechten Rand der Gesellschaft Heimat gebend, sich ihr politisches Terrain in Bayern dauerhaft gesichert.

V. Die CDU geht, mit der Kanzlerin an der Spitze, in gewohnt ruhigem Gang in die neuen Sondierungen mit der SPD. Für Kommentatoren ist das wieder mal Anlass, das nahe Ende der Ära Merkel und des „Merkelismus“ zu beschwören,

was nach so langer Regierungszeit relativ risikofrei und daher billig scheint. Natürlich ist das so, und selbstverständlich warten die um Erbe und Nachfolge Bemühten erst einmal in Geschlossenheit mit Angela Merkel ab. Angela Merkel ist noch mächtig und so folgt sie ihrem politischen Pfad weiter. Das wurde nirgends so deutlich wie bei ihrer Rede auf dem CSU-Parteitag. Sie knüpfte nahtlos am CDU-Wahlkampf an, das Motto ist immer noch, dass man in Deutschland gut und gerne leben können soll. Dafür wolle man sich um die Zukunft von Wirtschaft und Arbeit kümmern und um die Sicherheit der Menschen, die soziale wie die innere. Dafür soll Europa gestaltet werden. Deutschland brauche darum eine stabile Regierung, rasch und in den großen Sachfragen einig. Der Weg, auf dem das für die Union leidige Flüchtlingsproblem gelöst werden soll war ja eben schon im Wahlprogramm beschrieben und so geschieht es: Das Problem wird klein gearbeitet werden: in Afrika belassen und an den Grenzen der EU aufgehalten und

im Übrigen in der EU verteilt. Letzteres scheitert offensichtlich, von dem Rest hofft die CDU – wahrscheinlich irrend –, dass es klappt.

Dass für die CDU folgende Personen dem Sondierungsteam angehören ist keine Überraschung:

Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende ANGELA MERKEL, Michael Grossé-Brömer, Erster PGF der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (in Vertretung für den erkrankten Generalsekretär PETER TAUBER), VOLKER KAUDER, Vorsitzender der Unionsfraktion, BM PETER ALTMAYER, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, MP VOLKER BOUFFIER, stellv. CDU-Vorsitzender, MP REINER HASLOFF, JULIA KLÖCKNER, stellv. CDU-Vorsitzende, MPIN ANNEGRET KRAMP-KARRENBAUER, Mitglied des CDU-Präsidiums, MP Armin Laschet, stellv. CDU-Vorsitzender, BMin Dr. URSULA VON DER LEYEN, stellv. CDU-Vorsitzende, Parlamentarischer Staatssekretär JENS SPAHN, Mitglied des CDU-Präsidiums, THOMAS STROBL, stellv. CDU-Vorsitzender..

Das Bemerkenswerteste an der CDU in der aktuellen Phase ist aus linker Sicht zweierlei: Erstens bleibt die CDU mit der Kanzlerin dabei, dass es keine Notwendigkeit eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels gibt; große Investitionsprogramme, etwa um die Klimaziele zu erreichen, sind nicht zu erwarten. Das, zusammen mit der düsteren Gewissheit, dass auch die SPD den ökologischen Umbau nicht zu einem Konzept wirtschaftlicher Entwicklung machen wird, muss uns zu schärfster Opposition gegen eine Groko anfeuern.

Zweitens aber gab es einen erhellenden Moment bei Merkels Rede in Nürnberg: Sie kam, in Auswertung des Wahlschlappe und des strategischen Fehlers im eigenen Wahlkampf, auf die Verwerfungen in Deutschland zu sprechen. In ungewohnter, auch holpriger Sprache erklärte sie die grundgesetzliche Verpflichtung des Regierungshandelns, gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern, zum Ziel einer neuen Regierung. Die dramatisch unterschiedlichen Lebenssituationen in Stadt und Land bei Verkehr, Bildung, medizinischer Versorgung, der Arbeitsplätze, die Unterschiede beim Wohneigentum, der Wertverfall des Häuschens in der Provinz, die unbezahlbaren Mieten in Großstädten – alles noch vor wenigen Wochen von der Kanzlerin im Wahlkampf komplett ausgeblendet, gibt sie dem in Nürnberg Raum. Kaum damit begonnen, schwoll Beifall an, sachte, aber anhaltend. Angela Merkel war irritiert, fragte, ob es über Twitter eine Aufforderung zu applaudieren gegeben habe. Was für ein Missverständnis: Merkel kannte das von ihrer Partei her nicht. Dass die Volkspartei CSU, selbst deren Kader und Aktivisten, für diese sozialen und regionalen Brüche ein tieferes Verständnis hat, der Applaus aus der Seele der Partei aufstieg, kam ihr nicht in den Sinn. Dabei deutete diese Passage ihrer Rede schon an, dass sie sich mit den Fragen, etwa des Mangels an Landärzten, beschäftigt hatte, noch vor dem Urteil des BVerfG zum Numerus Clausus beim Medizinstudium fragte sie, ob es denn sinnvoll sei, Einser-Studenten der Medizin aufs Land schicken zu wollen – unter den nun zugelassenen Studierenden würden sich wohl eher welche finden, die der Provinz etwas abgewinnen könnten.

Diese Passage wie die ganze Rede gab allerdings keinen Hinweis darauf, dass die Kanzlerin die Dimension beider Probleme, des Klimawandels wie der sozialen, kulturellen und regionalen Verwerfungen in Deutschland, begriffen hätte.

Insofern sind die Aussichten für das Land unter einer neuen Groko so trübe wie die Herausforderungen linker Opposition klar.

Nachtrag: Dobrindts Übergriff

Der Vorsitz der CSU-Landesgruppe ist – Fortbestand der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU vorausgesetzt, überwiegend repräsentativ, aber stilbildend. Die Amtsvorgängerin Alexander Dobrindts, Gerda Hasselfeldt, hielt die CSU auf dem Kurs der Kanzlerin – Probleme lokalisieren und, wenn es geht, geräuscharm abräumen. Nicht so Dobrindt, der am 6. Januar in der „Welt“ eine Überwältigungsstrategie propagiert:

„Unser Land war nie links, sondern immer bürgerlich. Auf die linke Revolution der 68er und die Dominanz der Eliten muss eine konservative Revolution der Bürger folgen.“

Die großen Veränderungen des Alltagslebens, markant der Rückgang körperlicher Schwerarbeit und steigender Bedarf an schulisch und akademisch vorgebildeten Arbeitskräften, die Schritte zur politischen und sozialen Gleichstellung von Frauen und Männern, und nicht zuletzt der Wunsch nach Völkerverständigung, lösten streitige Debatten aus, die alle Schichten und Generationen berührten und schließlich auf dem Wege von Wahlen und Abstimmungen die Staatsaufgaben den veränderten Verhältnisse anpasste; schrittweise, oftmals erst im Takt der Generationswechsel, auf den Wegen der Demokratie, die sich dabei festigte.

Im übrigen waren es auch nicht die Eliten, Richter, Staatsanwälte, Professoren, Bischöfe die auf Veränderungen drängten. Innerhalb des Herrschaftsgefüges war es ein erhebliches Risiko für Status und berufliche Existenz, für mehr Demo-

kratie, Teilhabe, Selbstbestimmung, zu werben. Das ist heute – oder sollte man sagen zurzeit – nicht mehr so. Die Idee der offenen Gesellschaft wird von den Vielen geteilt

Dagegen richtet sich Dobrindts Aufruf. Er spricht als Repräsentant politischer Macht und bietet sich den reaktionären Bewegungen, die sich an die Grund- und Menschenrechte nicht gebunden fühlen, als Anführer an. Ein solcher Kurzschluss ist ein Risiko für die Demokratie, aber auch für die CSU. Im Punkt 1 seines Manifestes steht (fett wie im Original):

„1. Der christliche Glaube ist das Fundament unserer Politik. Wir stehen für die Bewahrung der Schöpfung, den Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und die Verteidigung unserer christlich-abendländischen Leitkultur.“

Etwas hinterrücks hebt A.D. die ch. a. L. unter die Glaubensinhalte. Die CSU ist keine Kirche. Ihre Programmatik bindet die Partei in – wohlweislich – loser Koppelung an das „christliche Menschenbild“ bzw. „Weltbild“ oder noch vorsichtiger an „Werte“. An Dobrindts übergriffiger Strategie werden die Kirchen, Gläubige, Kirchenleuten, Theologie wenig Freude haben, nützlich ist dieser Ansatz eigentlich nur für die AfD, wenn die CSU sich darauf einlässt. – Nach neuesten Nachrichten wünscht sich eine Mehrheit in Bayern nach den Landtagswahlen eine schwarz-grüne Koalition. Da wäre Dobrindt eine Fehlbesetzung.

11. SEPTEMBER
1 8 4 8
FRANKREICH

Frankreich 1848 – „Frühling der Presse“

PIERRE-GAEL LOREAL, PARIS

Nach einem Jahrzehnt wirtschaftlicher und sozialer Krise, geprägt von Hungersnöten, Cholera-Epidemien, harten Lebensbedingungen, politischen Rivalitäten, von Aufständen und Angriffen auf König Louis-Philippe, stand Paris 1848 am Rande des Aufstands. Die starke Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen führte im Februar 1848, angespornt von Liberalen und den Republikanern, zur Revolution. Der König dankte ab, damit war das Ende der Juli-Monarchie markiert, die Zweite Republik wurde errichtet. Diese neue



Die Französische Revolution legte den Grundstein für die Freiheit der Presse:

Vor der Französischen Revolution 1789 beherrschte eine systematische Zensur die Presse. *La Gazette*, bereits 1631 von Th. Renaudot gegründet, wurde das erste wirkliche politische Pressezeugnis, autorisiert von Kardinal Richelieu, der das Privileg vergab und damit *La Gazette* zu einem Instrument seiner politischen Propaganda machte. Bis zur Revolution mussten Pressezeugnisse vor Veröffentlichung eine Genehmigung einholen, um erscheinen zu dürfen. Dies verhinderte aber weder die Entwicklung einer illegalen Presse noch die offizielle Herausgabe anderer Titel, wie z.B. des *Journal de Paris*, der ersten ab 1777 erscheinenden

Republik setzte – sobald sie gegründet war – dem Gesetz über die Zensur von 1835 ein Ende und stellte eine vollständige Pressefreiheit wieder her. Die Zeit von März 1848 an wurde auch manchmal als „Frühling der Presse“ bezeichnet. Diese Freiheit war aber schon nach den „Juni-Tagen“ (22. bis 26. Juni 1848) wieder in Gefahr. Eine weiterer Volksaufstand und die Regierung begann erneut die Freiheit der Presse einzuschüren, bis hin zum Staatsstreich Napoleons III. im Jahre 1852. Victor Hugo verteidigte die Pressefreiheit, die kaum wiedererlangt, bereits wieder bedroht war.

Tageszeitung mit Informationen vor allem zu kulturellen Ereignissen und verschiedenen anderen Themen. *La Gazette* behielt offiziell das Monopol zur politischen Information unter dem Ancien Régime und stellte ihr Erscheinen erst 1915 ein.

Mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 wurde eine neue Ära eingeläutet. Artikel 10 der Verfassung verkündete feierlich die Meinungs- und Gedankenfreiheit und insbesondere Artikel 11 die Pressefreiheit:

„Die freie Kommunikation von Gedanken und Meinungen ist eines der wertvollsten Menschenrechte; jeder Bürger kann frei sprechen, schreiben und dru-

cken, es sei denn, er wird für den Missbrauch dieser Freiheit in den gesetzlich vorgesehenen Fällen zur Verantwortung gezogen.“

Dieser Grundsatz, der 1881 endgültig gesetzlich verankert wurde, bekräftigte: das System der Vorabgenehmigung von Veröffentlichungen sollte auf das System repressiver Kontrolle a posteriori umgestellt, eine bereits veröffentlichte Publikation durfte also im Nachhinein belangt werden, ohne dass ihr Erscheinen jedoch hätte verhindert werden können. In Artikel 11 wurde ein Grundprinzip festgeschrieben: Einschränkungen der Pressefreiheit mussten gesetzlich vorgesehen sein, und wären daher nicht das Ergebnis schiedsrichterlicher, richterlicher Entscheidungen. Die Zahl der Zeitungen stieg daraufhin von einigen wenigen im Jahr 1789 auf etwa tausend im Jahr 1800!

Das 19. Jahrhundert: Ein Hin und Her zwischen Zensur und Freiheit der Presse

Das 19. Jahrhundert begann unter schlechten Vorzeichen als Napoleon Bo-

Die ersten Arbeiterzeitungen 1830

PIERRE-GAEL LOREAL, PARIS

Im September 1830 gab es in Paris drei zweiwöchentlich erscheinende Blätter: *Le Journal des Ouvriers*, *Le Peuple*, und *L'Artisan*, Anfänge politischen Selbstbewusstseins! Artikel kommentierten aktuelle Ereignisse. Die drei Blätter erschienen nur kurze Zeit bis Ende Oktober 1830. Zeitungen wie *Populaire de Cabet*, *Reformateur de Raspail* oder *Bon Sens*, die in Paris erschienen, waren nicht von Arbeitern geschrieben.

Im Oktober 1831 – drei Wochen vor dem ersten Aufstand der Seidenarbeiter – erschien ohne Unterbrechung in Lyon *L'Echo de Fabrique* bis Mai 1834. Sie veröffentlichte Gedanken über Sozialwirtschaft; Lieder, Gedichte und Rätsel; eine Chronik der Sitzungen des Arbeitsgerichtshofs und praktische Ratschläge, insbesondere zur Hygiene; aber auch Angriffe gegen rivalisierende Zeitungen und insbesondere gegen den *Courrier de Lyon*, die Zeitung der Präfektur. Auf *L'Echo de Fabrique* folgte, wiederum in Lyon, *La Tribune proléttaire* (1834–1835), und gelegentlich

erschien *L'Echo des Travailleurs* (1833–1834), geschrieben von Dissidenten.

Die satirische Presse – eine lange Tradition der Kritik

Ab November 1830 erschien *La Caricature*, eine Wochenzeitung, und vor allem *Le Charivari*, die erste illustrierte satirische Tageszeitung der Welt, die zwischen 1832 und 1937 herausgegeben wurde! Diese beiden Publikationen, die nicht zögerten, die Juli-Monarchie lächerlich zu machen, bekamen es schnell mit Zensur und Gerichtsurteilen zu tun. Charles Philipon, ihr Gründer, wurde inhaftiert wegen Beleidigung des Königs – ein karikiertes Porträt Louis-Philippes in Form einer Birne.



Erneuter Aufschwung ab 1839

Recht lange, von 1840 – 1850 erschien *L'Atelier*, das sich als „Organ der moralischen und materiellen Interessen der Arbeiter“ bezeichnete, und dann als „spezielles Organ der arbeitenden Klasse“. *L'Atelier*, das von Arbeitern geschrieben wurde, die für sich Ideen des utopischen Sozialismus und des christlichen Sozialismus beanspruchten, wird als einer der großen Vorfahren der sozialistischen Presse unter der Juli-Monarchie betrachtet. Doch erst mit der Revolution vom Februar 1848, die die Zweite Republik begründete und die Pressefreiheit für kurze Zeit wiederherstellte, erschien eine Vielzahl weiterer Arbeiterzeitungen wie das *Journal des Sans-Culottes*, *La République Rouge* und *L'Aimable Faubourien*.

EVA DETSCHER, Karlsruhe, Kommentierte
Auszüge, eigene Übersetzung,

„.... Die guten Bürger widerstehen gleichermaßen denen, die ihren Willen mit Gewehrschüssen, und denen, die ihren Willen mit einem Staatsstreich durchsetzen wollen. Eh bien („na gut“), dieses Wort Staatsstreich: ich benutze es mit Absicht, es ist das einzige richtige Wort für die Situation. Zeitungen verbieten, sie durch die direkte, willkürliche, gewaltsame Zuständigkeit der Exekutive zu verbieten, so etwas hieß unter der Monarchie Staatsstreich; dies kann sich unter der Republik nicht geändert haben.“ Keine Instanz solle das Recht haben „Zeitungen zu verbieten, selbst wenn es von der Exekutive weggezogen und den Tribunalen gegeben wird, ich glaube nicht, sage ich, dass dies eine gute Sache wäre.“

Wahlrecht und Pressefreiheit erkennt Hugo als untrennbar: „... dass der Grundsatz der Pressefreiheit nicht minder wesentlich ist, nicht minder heilig als der Grundsatz des allgemeinen Wahlrechts. Dies sind die beiden Seiten derselben Tatsache. Diese beiden Prinzipien tragen den gleichen Namen und vervollständigen sich gegenseitig. Die Freiheit der Presse an der Seite des allgemeinen Wahlrechts, das ist die Denkweise aller, die die Regierung aller erleuchtet. Das eine angreifen ist das andere angreifen. Eh bien, alle die Male, wo dieses große Prinzip bedroht sein wird, wird es auf allen diesen Bänken Redner aller Parteien geben, die sich erheben und protestieren, wie ich es heute tue. Die Freiheit der Presse ist die Vernunft aller, die danach trachten, die Macht in der

Spur der Gerechtigkeit und der Wahrheit zu leiten.“

Wenn die Pressefreiheit fällt, so Hugo, würde das nicht nur in Frankreich und Europa, sondern Auswirkungen auf die gesamte Zivilisation haben. Er erinnert die Abgeordneten, was sie zu Abgeordneten gemacht hat und weist einen Weg aus dem Dilemma: „Messieurs, sie haben die schönsten aller Titel, um Freunde der Pressefreiheit zu sein, nämlich dass Sie Gewählte des allgemeinen Wahlrechts sind.“

Indem ich den exzellenten Absichten des Gesetzgebungskomitees Gerechtigkeit widerfahren lasse, werde ich für alle Änderungsanträge, für alle Bestimmungen meine Hand heben, die dieses Dekret zu mäßigen versuchen.“

naparte, erster Konsul, am 17. Januar 1800 wieder eine drastische Zensur einführte. Etwa sechzig Zeitungen wurden drangsaliert. Die Genehmigung vor Veröffentlichung wurde erneut eingeführt und die Zahl der Tageszeitungen zunächst auf zwölf und 1811 auf vier beschränkt.

Man musste die Restauration abwarten, im Jahr 1819 wieder vorübergehend die Vorabzensur zugunsten eines liberalen und gezügelten Systems zurückdrängen:

Die Gesetze von Hercule de Serre führten das Prinzip der Sanktion a posteriori wieder ein. Als Kategorien von Pressevergehen wurden definiert: Vergehen gegen den königlichen Herrscher; öffentliche Provokation, Aufruf zu Verbrechen und Vergehen, unsittliche Handlungen oder Handlungen gegen die öffentliche Moral; Verleumdung und öffentliche Beleidigung. Für die Herausgabe wurden sowohl moralische Garantien – wie Vertrauen in Verleger und Eigentümer, als auch finanzielle Garantien – wie die Zahlung einer Kavution Voraussetzung. Zudem ersetzte das Erscheinen vor einer öffentlichen Jury die Vorladung vor dem Strafgericht.

Ab 1820 wurde das Gesetz Serre wieder in Frage gestellt, mehrere neue schürten die Pressefreiheit und das Erscheinen liberaler Zeitungen ein. Die erste der St. Cloud-Verordnungen am 25. Juli 1830 hob die Pressefreiheit auf, machte alle Zeitschriften von staatlicher Geneh-

migung abhängig. *Le National* und *Le Temps*, die wichtigsten Zeitungen gegen die Politik von Charles X., wurden unterdrückt, ihre Druckmaschinen zerstört. Die Verordnungen trugen jedoch zum Untergang des Monarchen bei, lösten den Protest von 44 Journalisten am 26. Juli 1830 zugunsten der Pressefreiheit aus. An den sogenannten „Drei Glorreichen“ – 27., 28. und 29. Juli 1830 – kam es zu Unruhen, die zur Gründung der Juli-Monarchie (1830–1848) am 9. August 1830

Unruhen im April 1834 und einem missglückten Anschlag auf Louis-Philippe am 28. Juli 1835. Diese Ereignisse führten zur Verabschiedung des Pressegesetzes vom 9. September 1835, das der liberalen Gesetzgebung von 1830 ein Ende setzte, indem es die Strafverfahren gegen Journalisten verschärfte und das System der vorherigen Genehmigung von Zeichnungen und Stichen einführte. Das Gesetz diente der Verfolgung politischer Texte, die als bösartig galten, und der satirischen Presse. *Le Populaire*, *le Réformateur*, *La Caricature* sollten das nicht lange überleben. *Le Charivari* unterwarf sich der Zensur und ging politische Themen weniger direkt an.

Diese Verschärfungen verhinderten jedoch nicht den bemerkenswerten journalistischen Aufschwung, u.a. die Geburt der ersten beiden großen französischen Tageszeitungen *La Presse* und *Le Siècle* im Jahr 1836. *Le Populaire* veröffentlichte wieder ab 1840. Es entwickelte sich auch wieder eine Arbeiterpresse und blühte auf.

Diese Entwicklungen endeten abrupt nach der Niederschlagung des Aufstands im Juni 1848. Im Dezember 1848 wurde Louis-Napoleon Bonaparte (Napoleon III.) gewählt, am 2. Dezember 1851 kam es zum Staatsstreich, der zur Unterdrückung zahlreicher Zeitungen in Paris führte, nur noch elf konnten weiterhin veröffentlichten.

Abb. linke Seite oben: **Die Freiheit führt das Volk**, Eugène Delacroix, 1830. https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Freiheit_f%C3%BChrt_das_Volk. Abb. linke Seite unten: **Les Poires – die Birnen**: Charles Philipon, Les Poires, erschienen in: N° 56 de La Caricature, 24 novembre 1831, lithographie, collection Ségolène Le Men. <http://books.openedition.org/pupo/docannexe/image/2240/img-1.jpg>. Abb. oben: **Le Peuple Journal General Des Ouvriers**: <http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k5489389r>. Quelle Victor Hugo, Rede vor der Konstituierenden Versammlung, 11. September 1848. Internet: <http://www2.assemblee-nationale.fr/decouvrir-l-assemblee/histoire/grands-moments-d-eloquence/victor-hugo-11-septembre-1848>. Übersetzungen: EVA DETSCHER, KARLSRUHE, MATTHIAS PAYKOWSKI, Karlsruhe. Fortsetzung im Februar.



führten.

In den Anfängen der Juli-Monarchie Louis Philippe blühte die Presse auf: Im Statut vom 14. August 1830 heißt es sogar, dass „die Zensur niemals wiederhergestellt werden kann“. Zahlreiche Publikationen florierten, darunter die ersten Arbeiterzeitungen.

Ab 1833 wurde die Haltung der königlichen Regierung gegenüber der Presse rigider, insbesondere mit dem zweiten Aufstand der Seidenweber in Lyon (Canut-Aufstand), gewalttätigen Pariser

Inhalt**Aktuelles**

Regierungsbildung ... • Neuer Élysée-Vertrag • Österreich wird neu regiert. Bisher wurde nur angekündigt

Katalonien nach der Wahl – „Legislaturperiode in Handschellen“?

Spanien: Der asymmetrische Staat der autonomen Gemeinschaften

EU-Kampagne gegen Lohndiskriminierung**Auslandsnachrichten: Lohndiskriminierung**

USA – Anhaltende Lohndiskriminierung • Google-Fall: Richter weist die Sammelklage zurück • Norwegen – Ein Schritt gegen Unterbezahlung • Vier Prozent höherer Mindestlohn in Spanien • Geschlechtsspezifisches Lohngefälle in Frankreich • UK – Name and Shame Liste veröffentlicht • Tschechien – geschlechtsspezifisches Lohngefälle ist hoch • Luxemburg – höherer Mindestlohn gefordert

Aktionen – Initiativen

Aufruf zu den Protesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz • „Verbot von Atomwaffen durchsetzen“ • Präsident Trump spielt mit dem atomaren Feuer • Syrienmandat der Bundeswehr • Keine deutsche Militärhilfe für Erdogan's Angriffs-krieg gegen Kurden • Bundesregierung muss über Gefahr türkischer Todesschwadronen in Deutschland aufklären

Solidarität mit den Akademikern für den Frieden in der Türkei!

Dr. Sharo Garip • Was ist „Demokratischer Konföderalismus“?

Kommunale Politik: Solidarität mit Verfolgten aus der Türkei

Erdogan braucht klare Ansage: Hamburg. • Linksfraktion hinterfragt Einschätzung des Senates zu radikalen Erdogan-Anhängern: Bremen. • Prozess gegen türkischen Agenten in Hamburg • Die Zeit des Wegsehens muss ein Ende haben! Frankfurt.a.M. • Angriffe gegen türkischstämmige Linke: Kassel. • AKP-Veranstaltung in Bremerhaven abgesagt • Die Linke sagt Generalkonsul ab: Essen. • Solidarität mit Gökay Akulut, Beobachtung sofort beenden! Mannheim.

IG Metall im Warnstreik

Blick in die Presse • Steigerung der Tariflöhne nominal 2,4 % – real bleibt 0,6 %

Rechtsaußen

„Querfront“ – Eine notwendige Abgrenzung der Linken

Europäische Janusz Korczak Akademie e.V. (EJKA e.V.)

Der CSU-Parteitag: die Union vor den Sonderungsgesprächen

Nachtrag: Dobrindts Übergriff

Kalenderblatt: Frankreich 1848 – „Frühling der Presse“

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 15. Februar 2018. Redaktionsschluss: Freitag, 9. Februar. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2018: 18. Jan., 15. Feb., 15. März, 12. April, 11. Mai, 7. Juni, 12. Juli, 23. Aug., 11. Okt., 8. Nov., 6. Dez.

In eigener Sache: Änderungen beim Layout

REDAKTION DER POLITISCHEN BERICHTE

Die kleineren Änderungen im Layout der *Politischen Berichte* sind Folge der Abstimmung von IT-Ausgabe und Druckausgabe. Im Einzelnen: Die *Politischen Berichte* sind als periodische Drucksache konzipiert. Die einzelnen Ausgaben werden zeitgleich mit der Drucklegung im Internet verfügbar gemacht: genau entsprechend der Drucksache im PDF-Format, diese Form kann auf Desktop-Bildschirmen sowie auf Laptops und Tablets gut bis hervorragender Qualität gelesen werden. Zur Präsentation auf Smartphones und kleines Tablets braucht es eine eigene Darstellungsform. Warum?

Gedruckte Sachen / Bildschirme finden ihre Form mit Rücksicht auf zwei physische Bedingungen. Erstens geht es darum, auf welcher Fläche und in welchem Abstand Auge und Hirn die größte Informationsmenge erfassen kann. In der Tradition des Buch- und Zeitungsdrucks hat man dafür kunstvoll optimierte Produkte geschaffen, die das vertiefte Lesen erleichtern. Beliebt wurden handliche Formate, leicht mitzuführen und in einem bequemen Abstand vors Auge zu halten.



Handgerechte Anzeigegeräte haben sich trotz mancher anderer Einschränkung in rasantem Tempo durchgesetzt, begünstigt durch die gute Darstellbarkeit von farbigen Abbildungen. Es wird interessant sein, wie sich Abmessungen und Gewicht der mobilen Geräte entwickeln. Hier streitet die Funktion „Mittführen am Körper“ oder „in der Tasche“ mit dem fürs Auge optimalen Format. Einstweilen rechnet die Branche damit, dass für die Präsentation der Inhalte von Drucksachen eine Fließtextdarstellung

benötigt wird, die Lektüre auf Kleinformaten ermöglicht. Lesen in IT-Formaten bleibt indessen anstrengend: auf feststehende Bildschirme, weil sie auch bei bester Technik eine Fixierung der Körperhaltung erzwingen; auf Großbildschirme, wie sie bei Veranstaltungen und im öffentlichen Raum immer häufiger eingesetzt werden, weil sie, wie vom Tafelanschrieb oder Großplakaten bekannt, den Bereich des scharfen Sehens nicht optimal ausnutzen und deswegen weniger Text vertragen.

Deswegen das in der Herstellung aufwändige Nebeneinander von Drucksache, PDF-Format und Fließtext. Beim Experimentieren mit einer Fließtextfassung haben wir festgestellt, dass die Gruppierung von Textbestandteilen, die in der Drucksache durch die Umbruchregeln zustande kommt, bei den Fließtexten explizit ausgewiesen werden muss.

Wir stellen im Fließtext deswegen das übergreifende Thema an den Anfang, gefolgt von einer Liste der Einzelbeiträge und ihrer Autorinnen und Autoren. „Wozu“, „in welchem Zusammenhang“ und „von wem“, (auch ob eigener Beitrag oder Dokumentation) soll auf kleinster Fläche mitgeteilt werden. Für die technische Bereitstellung der IT-Ausgabe ist es eine erhebliche Erleichterung, wenn diese Zusammenhänge auch im Umbruch der Drucksache deutlich sind.

Wir hoffen, dass wir mit den entsprechenden Änderungen ein stabiles Nebeneinander von Drucksache und IT-Ausgabe gefunden haben. Die IT-Ausgabe ist über www.linkekritik.de zu erreichen, dort sind auch Ansätze zur Verschlagwortung (auch rückwirkend) in der Testphase zu besichtigen. Wir wollen damit die Zusammenarbeit von verschiedenen, weit voneinander entfernt lebenden Autorinnen und Autoren erleichtern. Bis zur Jahrestagung unseres Vereins wird die Textphase abgeschlossen sein.

Wir danken allen, Leserinnen und Lesern, allen die direkt für die *Politischen Berichte* schreiben oder Dokumente zum Nachdruck freigeben herzlich für den toleranten Umgang mit Fehlern und Experimenten.

Zum Vormerken: Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 24. und 25. März 2018 in Mannheim

Themen:

- Europäische Projekte der wirtschaftlichen Entwicklung im Bereich der Mobilität am Beispiel Deutschland / Frankreich.
- Europäische Projekte der sozialen Versicherungen und Gewährleistungen am Beispiel Deutschland / Frankreich.

Die Tagung und eventuelle Übernachtungen finden wie im vorigen Jahr in den Räumen der Jugendherberge Mannheim statt. **Ausführliches Programm:** PB Nr.2/2018